



Dokumentation

Vom Kaiserreich zur Republik

Eine Tageschronik vom 3. Oktober bis zum 9. November 1918

Vom Kaiserreich zur Republik

Eine Tageschronik vom 3. Oktober bis zum 9. November 1918

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 – 036/18
Abschluss der Arbeit: 1. Oktober 2018
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

1. Einführung

Im November 1918 – vor genau 100 Jahren – brach mit der Niederlage im 1. Weltkrieg in Deutschland die Revolution aus. Sie führte zum Untergang der Monarchie und zur Errichtung der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden. Mit einem täglichen Kalenderblatt blicken wir an dieser Stelle zurück auf ausgewählte Ereignisse jener Wochen. Damit erinnern wir daran, dass sich Demokratie und Freiheit in Deutschland nicht von selbst durchsetzten, sondern in einem heftigen Ringen erstritten werden mussten.

Das Kalenderblatt beginnt mit dem 3. Oktober 1918, als Prinz Max von Baden zum Reichskanzler ernannt wurde, und endet am 9. November 1918 mit der Abdankung des Deutschen Kaisers. Damit war der Weg frei für den Aufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland.

2. Tageschronik vom 3. Oktober bis 9. November 1918

Donnerstag, 3. Oktober 1918

Wilhelm II. ernennt den als liberal geltenden Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler als Nachfolger des am 30. September zurückgetretenen Graf Hertling. Damit kommt er einer Forderung der Obersten Heeresleitung nach, die wenige Tage zuvor, am 30. September 1918, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs der Westfront die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen sowie die Umbildung der Regierung „auf breiter Grundlage“ (unter Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokraten) und eine Parlamentarisierung des Reiches verlangt hatte. Der neuen Regierung gehören mehrere Parlamentarier von Mehrheitssozialdemokratischer Partei, Zentrums- und Fortschrittlicher Volkspartei als Staatssekretäre (Minister) und Unterstaatssekretäre an. Diese drei Parteien verfügen zusammen über eine Mehrheit im Reichstag („Mehrheitsparteien“) seit 1917 und hatten im so genannten Interfraktionellen Ausschuss eine Parlamentarisierung der Reichsregierung, d.h. die Bildung einer vom Vertrauen der Reichstagsmehrheit getragenen Regierung, programmatisch und personell vorbereitet.

–

Noch vor ihrer förmlichen Ernennung tritt die neue Regierung am Abend zusammen, um eine Note an den amerikanischen Präsidenten Wilson zu beraten, mit der dieser um Vermittlung bei der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen auf der Basis seines 14-Punkte-Friedensprogramms vom 8. Januar 1918 gebeten werden soll.



Prinz Max von Baden (1867-1929)
Reichskanzler vom 3.10.-9.11.1918

https://bnn.de/wp-content/uploads/2018/03/Prinz_Max_100-1200x682.jpg

Freitag, 4. Oktober 1918

Die neuen Staatssekretäre im Kabinett Max von Baden werden offiziell mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt, allerdings zunächst nur kommissarisch, damit sie nicht wegen Art. 21, 2 der Reichsverfassung ihre Reichstagsmandate niederlegen müssen. Mit Philipp Scheidemann (Staatssekretär ohne Portefeuille) und Gustav Bauer (Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes) gehören erstmals zwei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete der Reichsregierung an. Weitere Parlamentarier der Mehrheitsparteien im Kabinett sind der bereits seit 1917 amtierende Vizekanzler Friedrich von Payer (Fortschrittliche Volkspartei), die Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger und Adolf Gröber als Staatssekretäre ohne Portefeuille sowie der ebenfalls dem Zentrum angehörende Karl Trimborn als Staatssekretär des Innern.



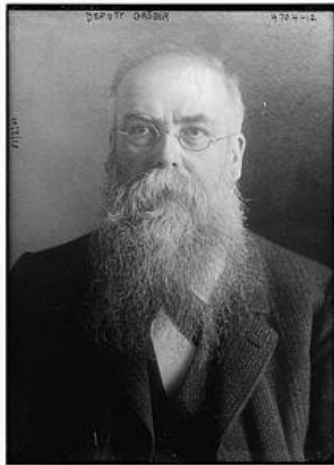
Philipp Scheidemann (1865-1939),
MdR, Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschland,
Staatssekretär ohne Portefeuille 4.10.-9.11.1918

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/9/90/Bundesarchiv_Bild_146-1970-051-17%2C_Phillipp_Scheidemann.jpg/220px-Bundesarchiv_Bild_146-1970-051-17%2C_Phillipp_Scheidemann.jpg



Matthias Erzberger (1875-1921)
MdR, Zentrum, Staatssekretär ohne Portefeuille
4.10.-9.11.1918

<http://www.matthias-erzberger.de/images/erzberger1.jpg>



Adolf Gröber (1854-1919)

MdR, Zentrum, Staatssekretär ohne Portefeuille

4.10.-9.11.1918

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/47/Adolf Gr%C3%B6ber in 1918.jpg/330px-Adolf Gr%C3%B6ber in 1918.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/47/Adolf_Gr%C3%B6ber_in_1918.jpg/330px-Adolf_Gr%C3%B6ber_in_1918.jpg)

Samstag, 5. Oktober 1918

Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden stellt in seiner Antrittsrede vor dem Reichstag die neue Regierung sowie sein mit den Mehrheitsparteien abgestimmtes Regierungsprogramm vor: Er spricht sich für den Abschluss eines Verständigungsfriedens mit den deutschen Kriegsgegnern sowie die Errichtung eines Völkerbundes aus. Die Reichsregierung soll zukünftig vom Vertrauen des Parlaments getragen werden. Um dies zu gewährleisten, kündigt er eine Verfassungsänderung an, die es Reichstagsabgeordneten ermöglichen soll, ohne Aufgabe des Mandats in die Reichsleitung einzutreten. Weitere Punkte seines Regierungsprogramms sind die Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Abmilderung des Belagerungszustands, z.B. in Fragen der Zensur oder des Vereins- und Versammlungswesens.

–

Der Reichstagsabgeordnete Otto Fischbeck (Fortschrittliche Volkspartei) wird als weiterer Politiker der Mehrheitsparteien kommissarisch mit der Leitung des preußischen Handelsministeriums beauftragt. (Seine offizielle Ernennung zum preußischen Handelsminister erfolgt am 31. Oktober 1918).

–

In einem Brief an Reichskanzler Max von Baden beschwerte sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Wilhelm Solf über „kollegialische Arbeitsweise des Kriegskabinetts“, die wegen der langwierigen Diskussion selbst von Detailfragen der Außenpolitik eine zielgerichtete und reaktionsschnelle Amtsführung des Auswärtigen Amts in „nicht mehr erträglicher Weise“ erschwere. – Als Kriegskabinetts wird seit Bildung der Regierung Max von Baden das engere „politische Kabinetts“ bezeichnet, das im Gegensatz zum weiteren Gesamtkabinetts fast täglich tagt und die maßgeblichen Entscheidungen in der Außen- und Innenpolitik im Kollegialverfahren fällt. Das

Kriegskabinett, dem neben Kanzler, Vizekanzler und den drei (seit dem 14. Oktober vier) „parlamentarischen Staatssekretären ohne Portefeuille nur die beamteten Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Schatzamtes und später auch des Reichsamts des Innern angehören, ist das eigentliche Regierungsorgan der Regierung Max von Baden und markiert den Übergang vom Kanzlersystem zum Kollegialsystem.

–

Parteileitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bekennen sich in einem Aufruf zur Errichtung einer „sozialistischen Republik“ und fordern u.a. eine Amnestie für politische Gefangene, die Aufhebung des Belagerungszustands und der Zensur, freies Vereins- und Versammlungsrecht, die Einführung des Proportional- und des Frauenwahlrechts sowie weitreichende Verfassungsänderungen.

–

Der Spartakusbund, eine linksradikale Gruppierung innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ruft in einem Flugblatt Arbeiter und Soldaten zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands gegen den „deutschen Militärstaat“ auf.

–

Im Deutschen Reich wird zur Zeichnung der neunten Kriegsanleihe aufgerufen, die bis zum 23. Oktober laufen soll.



Signatur: Bild 146II-536

[https://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537191879/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=7](https://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537191879/?search[view]=detail&search[focus]=7)

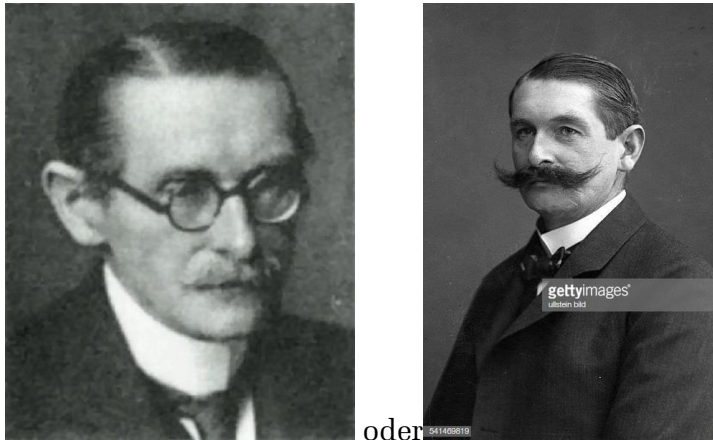


Wilhelm Solf 1862-1936;
parteilos, Staatssekretär
des Auswärtigen Amtes
4.10-9.12.1918

BA

Signatur: Bild 183-R73059

[https://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537194583/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=4](https://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537194583/?search[view]=detail&search[focus]=4)



Otto Fischbeck 1865-1939
FVP, Preußischer Handels-
minister, 5.10-1.11.1921

https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Fischbeck#/media/File:FischbeckOtto.jpg
<https://www.gettyimages.de/detail/nachrichtenfoto/otto-fischbeck28-08-1865-liberaler-politiker-ddp1918-nachrichtenfoto/541469819#/otto-fischbeck2808186523051939liberaler-politiker-ddp19181921-preu-picture-id541469819>

Sonntag, 6. Oktober 1918

In einem Aufruf an das bayerische Heer bedankt sich der bayerische König Ludwig III. bei seinen Soldaten, deren aufopferungsvoller Kampf dazu beigetragen habe, dass die Kriegsgegner auch nach vier Jahren Krieg noch nicht nach Deutschland vorgedrungen seien. Zugleich fordert er seine Soldaten auf, „den Kampf [...] bis zum äußersten durchzuführen“, falls die Kriegsgegner nicht auf das deutsche Friedensangebot eingingen.

—

In Zeitungsartikeln wird vor der „gefährlichen Wühlarbeit feindlicher Agenten“ gewarnt, die „Falschmeldungen“ über den katastrophalen Einbruch der deutschen Westfront verbreiten.

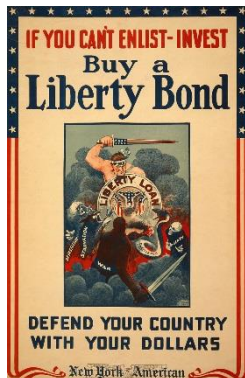
—

Die zunehmende Finanzierung der Kriegskosten durch Anleihen bringt auch die USA in wachsende Zahlungsschwierigkeiten. Vor allem die US-amerikanischen Goldreserven werden stark in Anspruch genommen.



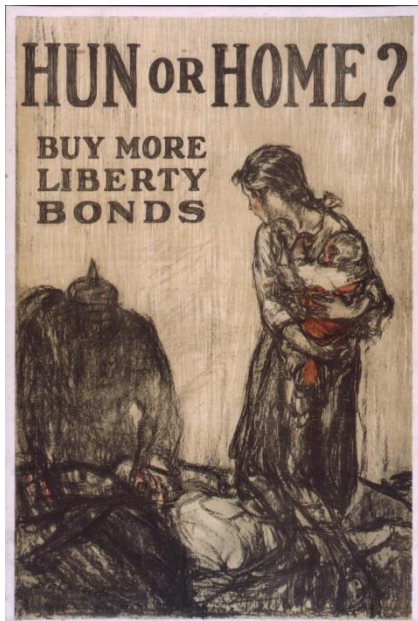
Ludwig III. von Bayern (1845-1921), von 1913 bis 1918 König von Bayern

[https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_III._\(Bayern\)#/media/File:K%C3%B6nig_Ludwig_III._von_Bayern.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_III._(Bayern)#/media/File:K%C3%B6nig_Ludwig_III._von_Bayern.jpg)



Liberty Bonds - Amerikanische Kriegsanleihe (1918)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsanleihe#/media/File:LibertyBond-WinsorMcCay.jpg>



Amerikanisches Propagandaplakat mit dem Aufruf zur Kriegsanleihe; Druck: Edwards and Deutsch Co.

<https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/PL003549>

Montag, 7. Oktober 1918

In der Sitzung des Kriegskabinetts setzen sich mehrere Regierungsmitglieder, insbesondere Staatssekretär ohne Portefeuille Philipp Scheidemann (Mehrheitssozialdemokratische Partei), für die Haftentlassung des Spartakistenführers Karl Liebknecht und des unabhängigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann ein. Die Entscheidung wird zunächst vertagt.

—

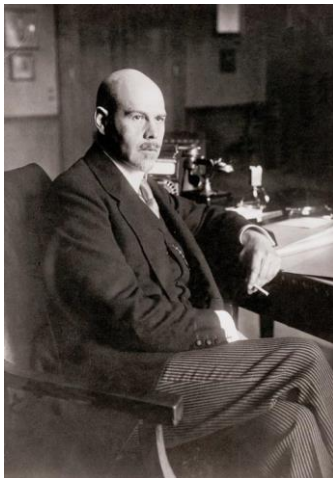
Der Präsident des Elektrokonzerns AEG, Walther Rathenau, bewertet in der Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ das Friedensgesuch der Regierung Max von Baden an US-Präsident Wilson als Fehler, da es zu früh gestellt worden sei und deshalb vom Gegner als Eingeständnis von Schwäche ausgelegt werde. Für Rathenau ist das Deutsche Reich „ungebrochen, seine Mittel unerschöpft, seine Menschen unermüdet. Wir sind gewichen, aber nicht geschlagen.“ Für den von ihm als wahrscheinlich angenommenen Fall, dass Wilson für den Abschluss eines Waffenstillstands Vorbedingungen stelle, die wie z.B. weitreichende Gebietsabtretungen (etwa von Elsaß-Lothringen) oder die Zahlung hoher Entschädigungssummen vom Deutschen Reich nicht akzeptiert werden können, fordert er „die Erhebung des Volkes“. Ein neu zu schaffendes unabhängiges Verteidigungsamt aus Bürgern und Soldaten mit umfangreichen Vollmachten soll die nationale Verteidigung organisieren. Es soll u.a. die noch vorhandenen personellen Reserven, z.B. die nicht an den Kampfhandlungen beteiligten Soldaten, aber auch gesunde ältere Männer für den Fronteinsatz mobilisieren und Frontsoldaten, die sich im Urlaub befinden, zu ihren Einheiten zurückbeordern.

—

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts beruft eine Kommission zur Beratung von Vorschlägen für die Gründung eines Völkerbundes ein, der neben Regierungsvertreter auch Parlamentarier und Völkerrechtslehrer angehören.

—

Auf der Geheimen Reichskonferenz der Spartakus-Gruppe in Gotha beschließen Vertreter der Spartakusgruppe und die Delegierten der „linksradikalen Bewegung“, die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht angehören, beide Gruppierungen zu vereinigen. In einer von der Reichskonferenz verabschiedeten Resolution proklamiert das „deutsche Proletariat [...] die sozialistische Republik [...] zur Entfesselung des Kampfes des Proletariats der Welt gegen die Bourgeoisie der Welt: der proletarischen Diktatur gegen den kapitalistischen Völkerbund.“ Als vorrangige Maßnahmen werden u.a. die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und des Hilfsdienstgesetzes (Verpflichtung zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben), umfangreiche Enteignungen, die Verkürzung der Arbeitszeiten, die Festsetzung von Mindestlöhnen, eine Umgestaltung des Heerwesens und die Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien gefordert.



Walter Rathenau (1867 – 1922)

Industrieller, Schriftsteller und Politiker (Fortschrittliche Volkspartei); 1922 Außenminister; kam am 24. Juni 1922 bei einem von Rechtsextremisten begangenen Attentat ums Leben.

(Foto vom 1.1.1917)

BILDNUMMERAKG: 1052762

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DSF0WIV&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DSF0WIV&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=19&POPUPID=2UMDHUHP04R8>



Clara Zetkin (1857-1933)

Journalistin, Frauenrechtlerin, SPD-Politikerin, Mitgründerin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Spartakusgruppe und der KPD (Aufnahme von 1912)

BILDNUMMERAKG 941193

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DLEKRN&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DLEKRN&SMLS=1&RW=1342&RH=673&POPUPPN=6&POPUPID=2UMDHU19K8R7>



Franz Mehring (1846-1919),
Journalist und Lehrer an der SPD-Parteischule,
Mitgründer der Spartakusgruppe und der KPD
(Aufnahme von 1912)

BA-Signatur: BildY 10-742-74-73

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537701565/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=11](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537701565/?search[view]=detail&search[focus]=11)



Paul Levi (1883-1930)
Rechtsanwalt, Mitgründer der Spartakusgruppe
und der KPD

https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Levi#/media/File:Paul_Levi_-_Schwadron.jpg



Propagandaplakat „Was will Spartakus“ (1919)

BILDNUMMERAKG 3834292

<https://www.ahg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUS8H16&SMLS=1&RW=1707&RH=756#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUS8H16&SMLS=1&RW=1707&RH=756&POPUPPN=1&POPUPID=2UMEBM2QE8ZP>

Dienstag 8. Oktober 1918

Die Antwort des amerikanischen Präsidenten Wilson auf das deutsche Friedensangebot fällt zurückhaltend aus. Als unerlässliche Vorbedingung für einen Waffenstillstand fordert Wilson die Anerkennung seines 14-Punkte-Programms vom 8. Januar 1918 durch Deutschland sowie den sofortigen Rückzug der deutschen Truppen aus allen besetzten Gebieten. Des Weiteren stellt der amerikanische Präsident klar, dass es ohne eine Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands keinen Waffenstillstand geben könne.

Der Bundesrat nimmt einen Gesetzentwurf der Reichsregierung an, mit dem die Parlamentarisierung der Reichsregierung verfassungsrechtlich umgesetzt werden soll. Die beschlossenen Verfassungsänderungen, die auch noch vom Reichstag verabschiedet werden müssen, sehen u.a. vor, dass Reichstagsabgeordnete, die in die Reichsregierung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten können. Zudem sollen die Stellvertreter des Reichskanzlers auf Verlangen im Reichstag jederzeit Gehör finden.



Sitzungssaal des Bundesrates im Reichstagsgebäude (um 1894)

Zeichnung von Willy Stöwer, in „Die Gartenlaube“, Sammelband, Nr. 45, Das neue Reichstagshaus, p. 765.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_\(Deutsches_Reich\)#/media/File:Bundesrat-1894.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrat_(Deutsches_Reich)#/media/File:Bundesrat-1894.jpg)
gemeinfrei



Thomas Woodrow Wilson (1856-1924),
28. Präsident der USA von 1913 bis 1921;
wurde 1919 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

BILDNUMMERAKG 1049005

<https://www.ake-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DSAXHPF&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DSAXHPF&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=25&POPUPIID=2UMDHU5ZJMEV>

Mittwoch 9. Oktober 1918

Der bisherige Chef des Kriegsamts, Generalmajor Heinrich Scheüch, wird unter Beförderung zum Generalleutnant zum preußischen Staats- und Kriegsminister ernannt.

–

In einem Brief an Reichskanzler Max von Baden bittet er darum, dass, falls von US-Präsident Wilson eine Räumung der besetzten Gebiete gefordert werde, er dafür Sorge trage, dass nicht nur die Oberste Heeresleitung, sondern alle maßgeblichen Militärführer zu dieser Frage gehört werden.

–

Bei einer Zusammenkunft in Düsseldorf beraten führende Industrielle über Möglichkeiten, die drohende Revolution zu verhindern. Wie der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Jakob Reichert, hierzu ausführt, setzten die Wirtschaftsführer dabei ihre Hoffnung auf ein Bündnis mit den Gewerkschaften: „Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann [...] ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung.“



Bundesarchiv, Bild 183-R16797
Foto: o.Ang. | 12. Dezember 1918

Rede des preußischen Kriegsministers Heinrich Scheüch anlässlich des Einzugs von Frontsoldaten am 12. Dezember 1918 in Berlin.

BA Signatur: Bild 183-R16797

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537280696/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537280696/?search[view]=detail&search[focus]=2)

Donnerstag, 10. Oktober 1918

Nach dem Rücktritt des Unterstaatssekretärs Wilhelm von Radowitz als Chef der Staatskanzlei wird Arnold Wahnschaffe, der bereits unter Reichskanzler Bethmann-Hollweg dieses Amt innehatte, mit der vertretungsweisen Wahrnehmung dieser Aufgabe betraut.

–

Rosa Luxemburg, führendes Mitglied des Spartakusbundes, wird aus der politischen “Schutzhaft” entlassen.

–

Ein deutsches U-Boot versenkt in der Bucht von Dublin den irischen Passagierdampfer RMS Leinster. 501 der 771 Passagiere und Besatzungsmitglieder sterben, darunter mehr als 300 Militärangehörige und 115 Zivilisten. Das bis heute schwerste Schiffsunglück in der Irischen See, das mit die größten Verluste von Menschenleben durch Versenkung ziviler Schiffe im Ersten Weltkrieg forderte, hat sich auch negativ auf die von der Regierung Max von Baden wenige Tage zuvor eingeleiteten Friedensverhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson ausgewirkt.

–

Das Kriegsversorgungsamt gibt bekannt, dass die vorgeschriebenen Höchstpreise für Schuhe ab sofort in Sohle oder Schaft eingeprägt sein müssen, um dem Kriegswucher entgegenzuwirken. Herrenstiefel dürfen danach 48 Mark, Damenstiefel 44 Mark und Damenhalbschuhe höchstens 38 Mark kosten.



Rosa Luxemburg (1871-1919)
Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD,
ermordet am 15. Januar 1919 in Berlin,
im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin (Bild von 1915)

BA Signatur: BildY 10-RL5-436

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537283555/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=11](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537283555/?search[view]=detail&search[focus]=11)



Untergang der RMS Leinster

<http://www.westernfrontassociation.com/branches/republic-of-ireland/dublin/events/the-sinking-of-the-rms-leinster-with-philip-lecane/>

Freitag, 11. Oktober 1918

Nachdem die nationalliberale Reichstagsfraktion am 3. Oktober 1918 das Regierungsprogramm der Mehrheitsparteien vom 30. September 1918 angenommen hatte, nehmen ab dem 11. Oktober 1918 Gustav Stresemann, Johannes Junck und Friedrich List als Vertreter der Nationalliberalen die regelmäßige Mitarbeit am Interfraktionellen Ausschuss auf.

–

Im Kriegskabinett fordert Staatssekretär ohne Portefeuille Philipp Scheidemann einen noch weitergehenden Ausbau des parlamentarischen Systems und beharrt auf der rechtlichen Gleichstellung der dem Reichstag angehörenden Staatssekretäre ohne Geschäftsbereich in der Regierungarbeit mit den Staatssekretären, die den Fachressorts vorstehen.

–

Der Wahlrechtsausschuss des preußischen Herrenhauses beschließt, dass in Zukunft 16 Arbeiter und 8 Angestellte als Vertreter ihres Standes in das Herrenhaus eintreten sollen.

–

In Berlin versammeln sich etwa 1.000 Anhänger des Alldeutschen Verbands am Hindenburg-Denkmal, um vor der “Verstümmelung Deutschlands” durch einen “ungerechten” Friedensvertrag zu warnen. Der Alldeutsche Verband war 1891 als nationalistische Interessenorganisation

gegründet worden. Er trat für eine imperialistische Kolonialpolitik, die Förderung des Deutschtums im Ausland sowie den massiven Ausbau der deutschen Flotte ein und engagierte sich gegen nationale Minderheiten in Deutschland.

—

Der einflussreiche Soziologe Max Weber spricht sich in einem Brief an seinen Freundeskreis für den Rücktritt Wilhelms II. aus: „Als aufrichtiger Anhänger monarchischer – wenn auch parlamentarisch beschränkter – Institutionen und der deutschen Dynastie insbesondere ist meine feste Überzeugung, dass der jetzige Kaiser im Interesse des Reiches und der Dynastie zurücktreten muss. [...] Geht er, ohne Druck von außen, jetzt, so geht er in Ehren, und das ritterliche Mitgefühl der Nation ist bei ihm. [...] Ich gestehe offen, die Art seines Regierens mit entschiedener Abneigung beobachtet zu haben. Aber im Interesse des Kaisertums darf ich nicht wünschen, dass ein Kaiser mit Unehren endet [...]“



Gustav Stresemann, 1878-1929,
MdR, Nationalliberale Partei; Mit-
glied des Interfraktionellen Aus-
schusses vom 11.10.-9.11.1918



Sitzungssaal des Preußischen Herrenhauses (1906)

<https://maxfriedrichkoch.blogspot.com/2016/05/die-drei-gemalde-im-groen-sitzungssaal.html>

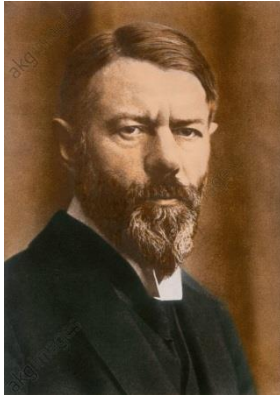


Annexionswunschkarte des Alldeutschen Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg von 1914. Der Bildtext lautet: "Europas Zukunftskarte. Wie die deutsch-oesterreichischen Heere dieselben gestalten werden."

BILDNUMMERAKG

5571713

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ580H8E23&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ580H8E23&SMLS=1&RW=1342&RH=673&POPUPPN=3&POPUPID=2UMEBMYJXHPFW>



Max Weber (1864-1920), bis heute einer der einflussreichsten Soziologen Deutschlands (Aufnahme von 1918)

Samstag, 12. Oktober 1918

In ihrer Antwortnote an US-Präsident Wilson bekennt sich die deutsche Regierung uneingeschränkt zum Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten. Damit akzeptiert sie auch die Abtretung Elsass-Lothringens und großer Teile der preußischen Ostprovinzen. Ebenso erklärt sie sich zur sofortigen Räumung der besetzten Gebiete, die Wilson als nicht verhandelbare Vorbedingung für Waffenstillstandsverhandlungen gefordert hatte, bereit. Abschließend wird hervorgehoben, dass die für den Friedensschritt verantwortliche deutsche Regierung „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden sei. Der Reichskanzler stütze sich in jeder seiner Handlungen auf den Willen dieser Mehrheit und spreche im Namen des deutschen Volkes.

–

Zur Beruhigung der aufgewühlten Stimmung im Land verkündet Kaiser Wilhelm II. eine Amnestie für alle politischen Gefangenen im Deutschen Reich, wodurch auch der seit 1916 inhaftierte Spartakistenführer Karl Liebknecht am 23. Oktober 1918 frei kommt.

–

Nachdem die Differenzen und das gegenseitige Misstrauen zwischen Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung im Streit über eine angemessene militärischen Lagebeurteilung und die daraus abzuleitenden strategischen Konsequenzen immer stärker zugenommen hatten, kündigt der Chef der OHL, Generalfeldmarschall Hindenburg, in einem Fernschreiben an den Kanzler seinen Rücktritt an, falls Ludendorff entlassen werden sollte.

–

Reichskanzler Max von Baden legt aufgrund eines Entschließungsantrags des Reichstags einen Gesetzentwurf vor, durch den der Bundesrat ermächtigt wird, wirtschaftliche Maßnahmen für die Übergangszeit zu treffen.



Seit 1914 steht Belgien unter deutscher Militärverwaltung: Deutscher Infanterie marschiert durch das am 9. Oktober 1914 eroberte Antwerpen

BILDNUMMER AKG 1783093

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAX1AZ&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAX1AZ&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=4&POPUPIID=2UMDHUWXPB2R8>



Deutsches Propagandaplatat „**Elsaß**-Lothringens Aufschwung unter Deutscher Verwaltung“ aus dem Ersten Weltkrieg, Grafiker Willi Kraska

BA Signatur: Plak 001-004-047

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538333617/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538333617/?search[view]=detail&search[focus]=2)



(Picture alliance; Mediennummer:84068161; Porträt von Karl Liebknecht. Fotopostkarte nach Zeichnung von R. Windsch, Leipzig 1919)

Sonntag, 13. Oktober 1918

Obwohl die deutsche Militärführung eine siegreiche Beendigung des Krieges für nicht mehr möglich hält, wird das deutsche Volk in pathetischen Aufrufen zur Zeichnung der neunten Kriegsanleihen aufgerufen. In den Zeitungen erscheinen offizielle Versicherungen, dass Bedenken an der Sicherheit der Anleihen völlig unberechtigt seien. Zudem wird davor gewarnt, Ersparnis zu Hause aufzubewahren, da es besser sei, es zinsbringend anzulegen.

—

Französische und englische Meldungen über planmäßige Verwüstungen, die deutsche Truppen bei ihrem Rückzug begangen hätten, werden von der deutschen Regierung zurückgewiesen. Schuld für die schweren Zerstörungen seien feindliche Flieger- und Artillerieangriffe.

—

Die konservative Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus spricht sich einstimmig für die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen anstelle des bisherigen Dreiklassen-Wahlrechts aus.

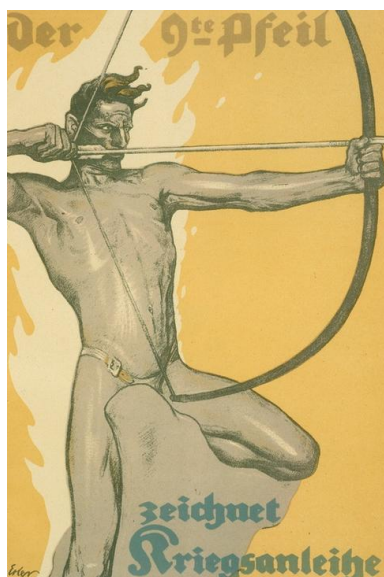


Zerstörtes Stadtzentrum von Cambrai (Rathaus) nach dem deutschen Rückzug im Oktober 1918 (Aufnahme vom 10. Oktober 1918).

BILDNUMMERAKG

111599

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFLDR0N&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFLDR0N&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=2&POPUPID=2UMDHUHY2HXC>



„Der 9. Pfeil“. Aufruf zur Zeichnung der neunten Kriegsanleihe
(Plakatentwurf von Fritz Erler)

BILDNUMMER AKG 82287

<https://www.ahg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAVWKE&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAVWKE&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=5&POPUPID=2UMDHUWJ14FN>



„Und Eure Pflicht – Zeichnet Kriegsanleihen“. Feldpostkarte nach Zeichnung von Ferdy Horrmeyer (1918).

BILDNUMMERAKG 175454

<https://www.ahg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAVWKE&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFAVWKE&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=2&POPUPID=2UMDHUFNJ4QJ>

Montag, 14. Oktober 1918

In seiner zweiten Note erkennt Präsident Wilson die uneingeschränkte Annahme seines Friedensprogramms durch Deutschland an, macht aber keine Angaben dazu, ob – wie in der ersten deutschen Note erbeten – auch die übrigen Alliierten Wilsons Bedingungen akzeptieren. Wilson verlangt, dass das Deutsche Reich den von der USA und ihren Alliierten festgelegten Modalitäten für die Räumung der besetzten Gebiete und für den Waffenstillstand bedingungslos Folge leistet. Zudem fordert er die sofortige Einstellung des U-Boot-Krieges. Schließlich stellt er auch klar, dass er die Änderung der deutschen Verfassungsverhältnisse als unabdingbare Vorbedingung für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ansieht. Denn das Ziel seiner Politik sei, jede Macht zu vernichten oder sie zumindest ihres Einflusses zu berauben, die den Weltfrieden stören könnte. „Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist von der hier beschriebenen Art. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern.“

—

Der Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei, der die Ernennung Max von Badens zum Reichskanzler wesentlich befördert hatte, wird zum vierten „parlamentarischen“ Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt.

—

Auf Antrag des Reichsversorgungsamtes beschließt der Reichstag die Durchführung fleischloser Wochen auch für November und Dezember 1918 sowie für Januar 1919. Jeweils eine Woche pro Monat soll demzufolge kein Fleisch im Handel sein.



Conrad Haußmann, 1857-1922,
MdR, FVP, parlamentarischer,
Staatssekretär ohne Portefeuille vom 14.10.-
9.11.1918



Rationierungen während des Ersten Weltkrieges: Reichsfleischkarte vom Jan./Feb. 1918

BILDNUMMERAKG 2362846

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFJ9A4Y&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFJ9A4Y&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=10&POPUPIID=2UMDHUWHPE7YP>

Dienstag, 15. Oktober 1918

Mit der Berufung von führenden Vertretern der Mehrheitsparteien zu politischen Unterstaatssekretären, die den beamteten Staatssekretären in den jeweiligen Reichsämtern zur Seite gestellt werden, soll die „Parlamentarisierung“ der Regierung weiter vorangetrieben werden. Unter anderem wird das Vorstandsmitglied der Mehrheitssozialdemokratischen Reichstagsfraktion Eduard David zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt.

–

Der Bundesrat nimmt einen Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung an. Demnach dürfen Kriegserklärungen und Friedensschlüsse künftig nur mit Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erfolgen. Die Änderung, die eine seit langem erhobene Forderung der Befürworter einer Parlamentarisierung erfüllt, stellt die volle Mitwirkung des Parlaments bei Entscheidungen über Krieg und Frieden sicher.

–

Durch kaiserliche Verordnung wird bestimmt, dass der Obermilitärbefehlshaber (in der Heimat: der Kriegsminister), der Anordnungen für Militärbefehlshaber mit verbindlicher Kraft erlassen kann, nunmehr alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Reichskanzler oder seinem Stellvertreter treffen muss. Zudem wurde angeordnet, dass die Militärbefehlshaber die ihnen aufgrund des Kriegszustands zustehenden Befugnisse nur im Einverständnis mit den jeweiligen zivilen Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Damit wird gewährleistet, dass die aufgrund des Belagerungszustands erfolgten Anordnungen der Militärbefehlshaber nur in Übereinstimmung mit den zivilen Verwaltungsstellen erfolgen können und damit letztlich in die Verantwortung des Reichskanzlers fallen.

–

Die osmanische Regierung sendet ebenfalls eine Waffenstillstandsnote an den amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson.



Eduard David (1863-1930), Mehrheitssozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, (parlamentarischer) Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt (Foto von 1919)

BA Signatur: Bild 183-R04545

[http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1537359220/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1537359220/?search[view]=detail&search[focus]=1)



Inthronisierung des letzten türkischen Sultans Mohammed (Mehmed) VI. (1861-1926). Foto von 1918

BILDNUMMERA-KG 21203

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFBLL8&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFBLL8&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=8&POPUPID=2UMDHU7UTH1>

Mittwoch, 16. Oktober 1918

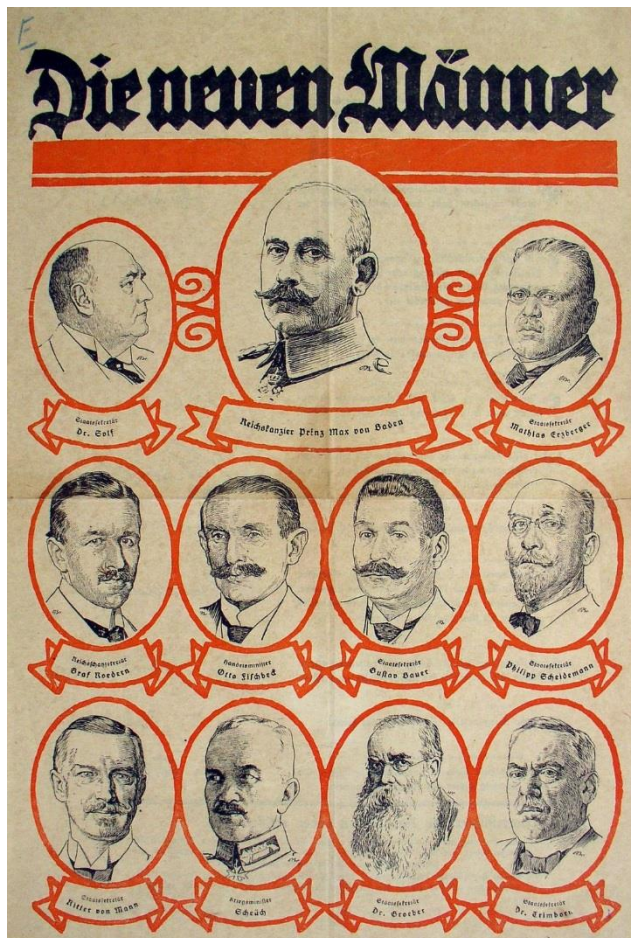
Philipp Scheidemann beklagt sich in der Sitzung des Kriegskabinetts über die Eigenmächtigkeiten der Ministerialbürokratie, die die Ausführung von Beschlüssen und Anweisungen der Regierung verzögere, uminterpretiere oder ignoriere.

—

Auf einer Friedensdemonstration vor dem Berliner Reichstag und der sowjetischen Botschaft demonstrieren 5.000 bis 6.000 Berliner Arbeiter mit den Rufen „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch Liebknecht!“ für ein baldiges Kriegsende und einen Umsturz der bestehenden Machtverhältnisse.

—

Karl I., Kaiser von Österreich und König von Ungarn, veröffentlicht ein “Völkermanifest” zur Neugliederung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Österreich soll demnach in einen Bundesstaat umgewandelt werden, in dem jeder Volksstamm ein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.



Plakat „Die neuen Männer“ von Paul Brockmüller. Reichskanzler Max von Baden und die neu berufenen Regierungsmitglieder

BA Signatur: Plak 001-005-001-T1

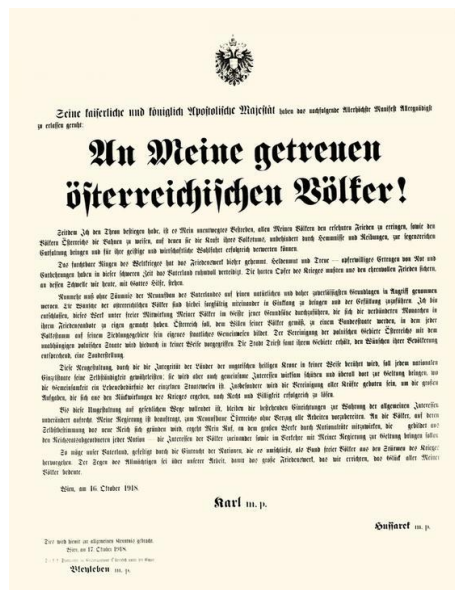
[http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537359220/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=3](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537359220/?search[view]=detail&search[focus]=3)



Kaiser Karl I. von Österreich (1887-1922), von 1916 bis 1918 Kaiser von Österreich und König von Ungarn (Aufnahme von 1917)

BILDNUMMERAKG 2036

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFRB6V1&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFRB6V1&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=4&POPUPID=2UMDHUWOYZQ>



Das Völkermanifest Kaiser Karl I. von Österreich: „An meine getreuen österreichischen Völker“ vom 16. Oktober 1918

BILDNUMMERAKG 1057063

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFRB6V1&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DFRB6V1&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=49&POPUPID=2UMDHUMC9FWG>

Donnerstag, 17. Oktober 1918

Das Gesamtkabinetts berät in Anwesenheit der Generäle Ludendorff und Max Hoffmann über eine Antwort auf die Wilson-Note vom 14. Oktober 1918. Ludendorff, der am 29. September einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hat, tritt für die Fortsetzung des Krieges ein: Das deutsche Volk solle „um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern.“ Man dürfe sich nicht „zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen.“ Die Kriegslage beurteilt er nun positiver als zu Beginn des Monats. Wenn auch die Gefahr eines feindlichen Durchbruchs immer noch bestehe, sei doch zu hoffen, dass die Westfront über den Winter standhalten werde. Allerdings antwortet er ausweichend auf die Frage des Reichskanzlers, ob bei Fortdauer des Krieges bis ins nächste Jahr mit besseren Friedensbedingungen zu rechnen sei. Er appelliert stattdessen an die Regierung, die Bereitschaft des Volks zum Widerstand zu beleben. Im weiteren Verlauf der Sitzung sprechen sich die anwesenden Kabinettsmitglieder dafür aus, die als unzumutbar betrachteten Forderungen der Note in „würdiger Form“ zurückzuweisen. Die Ablehnung betrifft sowohl die Forderung nach bedingungsloser Akzeptanz der noch nicht bekannten Bedingungen für die Räumung der besetzten Gebiete und Gebietsabtretungen als auch die Forderung nach Parlamentarisierung und Demokratisierung. Auch Wilsons Forderung nach einer sofortigen Einstellung des U-Boot-Kriegs will man nur teilweise nachkommen, indem nur die warnungslose Versenkung von Handelsschiffen, nicht aber die U-Boot-Bekämpfung von feindlichen Kriegsschiffen aufgegeben werden soll.

–

In einem am 18. Oktober 1918 im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf des Parteivorstands der Mehrheitssozialdemokratischen Partei werden die „tiefgehenden Umwälzungen“ in den inneren Verhältnissen hervorgehoben, die dazu geführt hätten, dass Deutschland „auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat“ sei. Zugleich warnt der Parteivorstand vor den von außen drohenden Gefahren: „Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungssucht englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitikern zu werden. Was wir am 4. August 1914 erklärt haben: »In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich« gilt heute in verstärktem Maße. Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden.“ Des Weiteren ruft die Mehrheitssozialdemokratische Partei das deutsche Volk und insbesondere „die arbeitenden Volksmassen“ dazu auf, sich nicht nur gegen die drohende Gegenrevolution der „alldeutsch-konservativen-schwerindustriellen Eroberungs- und Interessenpolitikern“ zur Wehr zu setzen, sondern sich auch den bolschewistischen Umsturzbestrebungen zu verweigern.

–

Mehrere hundert Munitionsarbeiter in Berlin legen die Arbeit nieder und demonstrieren auf dem Boulevard Unter den Linden für die Ziele der Unabhängigen Sozialdemokraten.



Bundesarchiv, Bild 183-1992-0707-500
Foto: o. Ang. | 1918

Generalquartiermeister Ludendorff in seinem Arbeitszimmer im Großen Hauptquartier (Aufnahme von 1918)

BA Signatur: Bild 183-1992-0707-500

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537442737/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=29](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537442737/?search[view]=detail&search[focus]=29)



Gegen Ende des Kriegs kommt es vermehrt zu Streiks in den kriegswichtigen Munitionsfabriken. (hier eine Aufnahme der streikenden Munitionsarbeiter vor dem Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin vom 2. Februar 1918).

BILDNUMMERAKG 71614

<https://www.agg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DF6RB0A&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DF6RB0A&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=3&POPUPID=2UMDHUWV5M7Z>

Freitag, 18. Oktober 1918

Im Interfraktionellen Ausschuss beraten die Mehrheitsparteien die außen- und innenpolitische Lage nach der 2. Wilson-Note. Die Ausschussmitglieder kritisieren die widersprüchlichen Aussagen der Obersten Heeresleitung zur Kriegslage und betrachten die militärischen Möglichkeiten Deutschlands, die Kämpfe noch längere Zeit fortzuführen, mit Skepsis. Zudem monieren sie, dass die Demokratisierung sich nicht ausreichend im Regierungshandeln widerspiegele.

—

In einem Brief an die Spartakusgruppe begrüßt der Führer der bolschewistischen Revolution in Russland und sowjetrussische Regierungschef, Wladimir Iljitsch Lenin, den Aufruf des Spartakusbunds und der Bremer Linksradiكالen zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und bringt seine Hoffnung auf den Sieg der „proletarischen Revolution“ in Deutschland zum Ausdruck. Nach dem Sieg der bolschewistischen „Oktoberrevolution“ in Russland 1917 hatten die insbesondere in der Spartakusgruppe organisierten linksradikalén Kräfte den engen Schulter-schluss mit den neuen bolschewistischen Machthabern in Sowjetrussland gesucht.



Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1921)

BA Signatur: Bild 102-00033A

[http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537359220/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/1537359220/?search[view]=detail&search[focus]=1)

Samstag, 19. Oktober 1918

Staatssekretär Solf legt dem Kriegskabinett einen nach den Instruktionen des Reichskanzlers verfassten Entwurf der deutschen Antwortnote an Wilson vor. Einleitend äußert die deutsche Regierung darin die Erwartung, dass der amerikanische Präsident keine Forderungen gutheißen werde, „die die Ehre des deutschen Volkes preisgeben oder mit dem Gedanken des Rechtsfriedens unvereinbar sind.“ Des Weiteren erklärt sich das Deutsche Reich in dem Entwurf zum Verzicht auf die warnungslose Versenkung von Passagierschiffen bereit, will aber den U-Boot-Krieg nach den Grundsätzen des Kreuzerkriegs fortführen. In Bezug auf den Vorwurf deutscher Verfehlungen beim Rückzug aus den besetzten Gebieten wird vorgeschlagen, dass eine neutrale Kommission alle Beschuldigungen, die die Kriegsgegner wegen Völkerrechtsverletzungen gegeneinander erheben, untersuchen soll. Zur deutschen Verfassungsfrage wird ausgeführt, dass die Demokratisierung der deutschen Verfassungsverhältnisse mit der Bildung der gegenwärtigen Regierung eingetreten sei und durch entsprechende Verfassungsänderungen abgesichert werde, die vom Willen und der inneren Überzeugung der großen Mehrheit des deutschen Volkes getragen werden: „Ein Rückfall wäre nur dann zu befürchten, wenn Deutschland sich dem Ausland zuliebe mit unauf-richtiger Eile eine Verfassungsform aufdrängen ließe, die seiner Eigenart und Geschichte nicht entspräche.“ Der Entwurf scheitert am Widerspruch der Mehrheit der dem Kriegskabinett angehörenden Staatssekretäre.

—

Nachdem sich drei außenpolitische Sachverständige in einer Anhörung des Kriegskabinetts für die vollständige Aufgabe des U-Boot-Kriegs, auch in der Form des „klassischen Kreuzerkriegs“, ausgesprochen hatten, beschließt das Kriegskabinett in seiner Abendsitzung das unbedingte Verbot der Torpedierung von Passagierschiffen. Angesichts der Unmöglichkeit, Passagierschiffe von Handelsschiffen zuverlässig zu unterscheiden, bedeutet dieser Beschluss de facto die vollständige Einstellung des U-Boot-Kriegs, wie die Marineführung in ihrer ablehnenden Stellungnahme klarstellt.

—

Der preußische Innenminister Wilhelm Drews fordert in einer Mitteilung an Reichskanzler Max von Baden, die Sowjetbotschaft aus Deutschland zu entfernen. Nur so könne dem von ihr unterstützten „hetzerischen Treiben“ linksradikaler Kräfte in Deutschland Einhalt geboten werden.

—

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage zweifelt die deutsche Bevölkerung am Sinn der neunten Kriegsanleihe. Die Reichsregierung sieht sich gezwungen, mit großen Zeitungsannoncen die Sicherheit der Verzinsung zu betonen.



Propagandaplakat „Der U-Boot-Krieg“ von 1918 (Grafiker: W. Möller, Louis Oppenheim)

BA Signatur: Plak 001-004-065

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537432566/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537432566/?search[view]=detail&search[focus]=1)



Bundesarchiv, Bild 134-B0588
Foto: o. Ang. | 1918

Unterseeboot U 135 (Aufnahme von 1918)

BA Signatur: Bild 134-B0588

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537432566/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=4](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537432566/?search[view]=detail&search[focus]=4)



Bundesarchiv, Bild 146-1971-085-57
Foto: o. Ang. | Januar 1919 ca.

Sowjetrussische Botschaft in Berlin (um 1919)

BA Signatur: Bild 146-1971-085-57

[http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1537359220/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1537359220/?search[view]=detail&search[focus]=1)

Sonntag, 20. Oktober 1918

Die Oberste Heeresleitung lehnt in einem Telegramm an Reichskanzler Max von Baden den deutschen Verzicht auf den U-Boot-Krieg als Vorleistung für Waffenstillstandsverhandlungen, wie in der zweiten Wilson-Note gefordert, ab. Die Militärführung betont erneut, dass sich an der Westfront ein „nachhaltiger Widerstand“ organisieren lasse, der den Kampf in die Länge ziehen und die Nation vor dem Äußersten bewahren werde. Selbst im Fall einer endgültigen Niederlage werde Deutschland „nicht wesentlich schlechter“ dastehen als bei einer sofortigen Unterwerfung unter die Forderungen des Gegners. Deshalb stehe Deutschland vor der Wahl, entweder „bis zum letzten Mann [zu] kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens [zu] sichern“

oder sich „zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen [zu] lassen.“ Mit dem vorgesehenen Verzicht auf den U-Boot-Krieg ohne Gegenleistung beschreite Deutschland diesen Weg der Kapitulation.

–

Nachdem die Oberste Heeresleitung auf Intervention des Kaisers der Reichsregierung ihre Loyalität zugesichert hat (ohne ihre ablehnende Haltung zu revidieren), geht in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober die deutsche Antwortnote auf die zweite Wilson-Note ab. Die Note entspricht in weiten Teilen dem Entwurf, der am 19. Oktober dem Kriegskabinett vorgelegt und zunächst abgelehnt worden war. Die deutsche Regierung appelliert an Präsident Wilson, nur Forderungen zuzustimmen, die die deutsche Ehre nicht verletzen und mit einem gerechten Frieden vereinbar sind. Der gegen die deutschen Streitkräfte gerichtete Vorwurf völkerrechtswidriger Kriegshandlungen wird zurückgewiesen. Die in der Note enthaltene Formulierung zur umstrittenen Forderung nach sofortiger Einstellung des U-Boot-Kriegs bedeutet de facto – wie am Vortag vom Kriegskabinett beschlossen – die Einstellung des gesamten U-Boot-Handelskriegs: „Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, dass dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.“ Zur Verfassungsfrage erklärte die Note, dass die neue Regierung in Übereinstimmung mit der aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung gebildet worden sei. Auch jede künftige Regierung werde des Vertrauens der Volksvertretung bedürfen. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers werde verfassungsrechtlich weiter ausgebaut. Zur Entscheidung über Krieg und Frieden werde hinfort die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich sein. Die stärkste Gewähr für die Dauer des veränderten Systems ruhe in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volks, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen stehe. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot gehe somit von einer Regierung aus, „die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluss, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.“

–

Wilson erklärt die Anerkennung der Selbständigkeitswünsche der zur Habsburgermonarchie gehörenden Völker zu einer unabdingbaren Voraussetzung für Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn.

–

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin teilt mit, dass die Versorgung der Bevölkerung mit „Reichsmarmelade“ gesichert sei. Die Marmelade wird um etwa 50% mit Mohrrüben gestreckt.



Generalfeldmarschall und Chef der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg (2. v. l.) während der Feier des 30-jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelm II. im Großen Hauptquartier in Spa am 15. Juni 1918

BILDNUMMERAKG 12866

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UMESQ5D4U-COTX&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UMESQ5D4U-COTX&SMLS=1&RW=1536&RH=680&PN=1&POPUPPN=31&POPUPIID=2UMDHU2EXM5>



Beim Rückzug der deutschen Truppen gesprengter Bauernhof im Département Aisne

BILDNUMMERAKG 1724526

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UMESQ5D466FFT&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UMESQ5D466FFT&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=21&POPUPIID=2UMDHUXQBQBQ>

Montag, 21. Oktober 1918

In einer (auf Anweisung von Reichskanzler Max von Baden) von der Presse nicht veröffentlichten Ansprache an die neuen Staatssekretäre der Regierung Max von Baden lobt Kaiser Wilhelm II.

den Kampfgeist und den Durchhaltewillen des deutschen Volkes. Er erkennt die Notwendigkeit von Veränderungen der Macht- und Herrschaftsstruktur des Reiches an und akzeptiert die eingeleiteten Maßnahmen zur Parlamentarisierung des Reiches: „In umfassender Weise soll das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken, an politischer Freiheit keinem Volk der Erde nachstehend, an innerer Tüchtigkeit und fester Staatsgesinnung keinen Vergleich scheuend.“

—

Angesichts zunehmender Demonstrationen und Protestveranstaltungen erörtert das preußische Staatsministerium Maßnahmen, mit denen revolutionären Bestrebungen „programmmäßig“ entgegengewirkt werden kann. Neben einer Verschärfung der Zensurbestimmungen und dem Verbot von Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten werden auch Verhaftungen von „Leuten, die zur Revolution aufrufen“, erwogen.

—

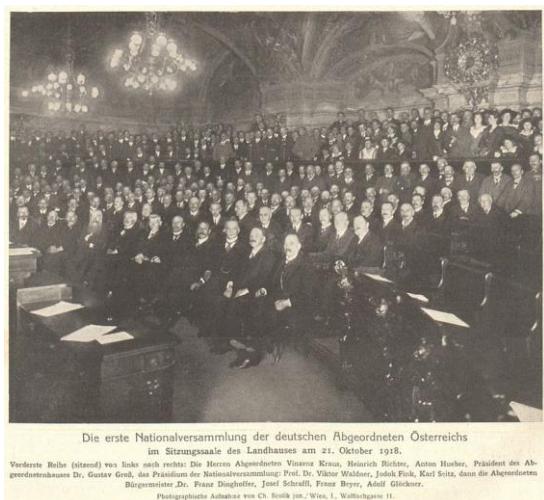
In Wien treten Reichsratsabgeordnete der deutschsprachigen Gebiete Österreichs einschließlich Böhmens und Mährens zur konstituierenden Sitzung der „provisorischen Nationalversammlung für Deutsch-Österreich“ zusammen. Es wird die Errichtung eines deutsch-österreichischen Staates proklamiert. Zum ersten Präsidenten wird der Deutschnationaler Franz Dinghofer gewählt.



Deutsche Feldpostkarte mit Porträtfotos von Kaiser Wilhelm II. aus dem Ersten Weltkrieg (zwischen 1914 und 1918)

BA Signatur: Bild 146-2013-0075

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537446736/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=42](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537446736/?search[view]=detail&search[focus]=42) [http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537446736/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=55](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537446736/?search[view]=detail&search[focus]=55)



https://de.wikipedia.org/wiki/Provisorische_Nationalversammlung#/media/File:Provisorische_Nationalversammlung_f%C3%BCr_Deutsch%C3%B6sterreich_am_21._Oktober_1918.jpg

Dienstag, 22. Oktober 1918

In einer Rede vor dem Reichstag kündigt Reichskanzler Max von Baden weitere Reformschritte zur Parlamentarisierung des Reiches an. U.a. sollen Reichstagsabgeordnete bei einem Eintritt in die Regierung ihr Reichstagsmandat beibehalten können, die Stellung der parlamentarischen Regierungsmitglieder gestärkt und die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch Einrichtung eines Staatsgerichtshofs gesichert werden. Der Reichstag soll bei den „wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei den Fragen von Krieg und Frieden ein volles Mitbestimmungsrecht haben“. Zugleich stellt er klar, dass kriegsbedingte Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler möglich sind und nach Ende des Krieges wieder vollständig aufgehoben werden. Zum Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten führt er aus, dass es nun in allen Ländern um die Frage „Rechtsfriede oder Gewaltfrieden?“ gehe. Für den Fall, dass die feindlichen Regierungen beabsichtigen, den Krieg fortsetzen, werde die Reichsregierung zur „nationalen Verteidigung“ aufrufen. Die Regierung sei nicht bereit, sich kampfflos einem „Gewaltfrieden“ zu beugen. Aber auch ein Frieden auf der Basis der 14 Punkte Wilsons werde von Deutschland schwere Opfer fordern. Denn ein „Rechtsfrieden“ werde nicht auf der eigenen Auffassung von Recht gegründet sein, sondern auf das, „was in freier Aussprache mit unsern Gegnern“ als Recht erkannt wird. Daher müsse Deutschland auch im Falle eines Rechtsfriedens mit Gebietsverlusten rechnen. Nach der Rede des Reichskanzlers folgt eine fünftägige, teilweise äußerst kontrovers geführte Debatte, in der die Parteien ihre jeweiligen Standpunkte zur aktuellen Lage und zu den vorgeschlagenen Reformen vortragen.

—

Kapitän zur See Magnus von Levetzow übergibt in Wilhelmshaven dem Chef der Hochseeflotte, Admiral Franz Ritter von Hipper, den geheimen Befehl des Stabschefs der Seekriegsleitung, Admiral Scheer, mit der Anweisung, den Angriff der deutschen Hochseeflotte gegen die britische

Grand Fleet im Ärmelkanal einzuleiten. Das Unternehmen soll am 29. Oktober beginnen. Die Marineführung hatte die Pläne für eine letzte große Entscheidungsschlacht (der sie selbst nur geringe Erfolgsaussichten beimaß) nach Beginn des Notenwechsels über die Einleitung von Friedensverhandlungen und ohne Wissen der Reichsregierung ausgearbeitet. Schon kurze Zeit nach Bekanntwerden der Angriffspläne wird darüber spekuliert, ob es der Marineführung mit diesem Vorhaben tatsächlich darum gegangen sei, in einem letzten Kampf ehrenvoll unterzugehen, statt die am Kriegsgeschehen kaum beteiligte deutsche Flotte kampflös dem Feind zu übergeben.



Reichtagssitzung vom 25. Februar 1918

Deutsches Historisches Museum, Berlin

<https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/hertling-bei-einer-rede-im-reichstag-1918.html>



Admiral Reinhard Scheer, Stabschefs der Seekriegsleitung (Aufnahme vom 14. Juli 1918)

Signatur: Bild 136-1355

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537448348/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537448348/?search[view]=detail&search[focus]=1)



Bundesarchiv, Bild 134-B4126
Foto: o. Ang. | 21. April 1918

Deutsches Seegeschwader (Aufnahme vom 21. April 1918)

BA Signatur: Bild 134-B4126

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537455674/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=31](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537455674/?search[view]=detail&search[focus]=31)

Mittwoch, 23. Oktober 1918

In seiner Antwortnote auf die dritte deutsche Note vom 20. Oktober 1918 an die deutsche Regierung erklärt der amerikanische Präsident, dass er nur dann bereit sei, einen Waffenstillstand zu vermitteln, wenn dieser Bedingungen enthalte, die Deutschland außer Stande setzen, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, und die zu treffenden Vereinbarungen durch die Alliierten erzwungen werden können. Wilson bestreitet, dass das Deutsche Reich durch die Regierungsumbildung vom 3. Oktober tatsächlich eine parlamentarische Demokratie geworden sei. Nach wie vor sei die Macht des Militärs sowie des Königs von Preußen ungebrochen. Er unterstreicht, dass die Vereinigten Staaten wirkliche Friedensverhandlungen nur mit einer Regierung führen können, die eine „wahrhaftige Vertretung des deutschen Volkes“ ist. Wenn es keine wirkliche Demokratisierung gebe und stattdessen mit den „militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten“ verhandelt werden müsse, seien Friedensverhandlungen ausgeschlossen und nur eine Kapitulation des Deutschen Reiches möglich. Diese Passage in der amerikanischen Antwortnote bedeute nach Auffassung der deutschen Seite, dass Wilson nicht nur die Abdankung Wilhelms II., sondern auch die Abschaffung der Monarchie fordere.

—

Während der Reichstagsdebatte über die von Max von Baden eingebrachten Verfassungsreformen unterzieht der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Hugo Haase die bestehenden Machtverhältnisse im monarchischen Obrigkeitsstaat einer radikalen Kritik. Mit scharfen Worten prangert er die Irreführung des deutschen Volkes durch das vor dem Kollaps stehende Regime an und fordert unverhohlen einen grundlegenden Systemwechsel: „Ein Wirbelsturm geht durch die Welt, und in dieser Zeit, wo alles von unten nach oben sich kehrt, wo die tiefgreifendsten Umwälzungen vor sich gehen, da wollen wir keinen Kaiser, keinen Bundesrat, keinen Reichstag mit den geringen Befugnissen haben, wie sie in der gegenwärtigen Verfassung enthalten sind. Es muss die Republik kommen.“

—

Im Zuge einer von Kaiser Wilhelm II. verfügten allgemeinen Amnestie für politische Gefangene wird auch der Führer des Spartakusbundes Karl Liebknecht nach fast zweieinhalb Jahren Haft aus dem Zuchthaus Luckau entlassen. Bei seiner Ankunft am Anhalter Bahnhof in Berlin wird er von einer riesigen Menschenmenge enthusiastisch gefeiert. Nach einer Ansprache Liebknechts, in der er die Arbeiterschaft zum revolutionären Kampf aufruft, formiert sich ein Protestzug, der sich mit Forderungen nach sofortigem Frieden, Sturz der Regierung und dem Ende der Hohenzollernmonarchie Richtung Reichstag bewegt. Nur unter Einsatz eines großen Aufgebots berittener Polizei gelingt es, die Menge zu zerstreuen.



Karl Liebknecht, 1871-1919, Reichstagsabgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Führer der Spartakusgruppe. Nach der Niederschlagung des Berliner Januaraufstands wurde Liebknecht am 15. Januar 1919 von Freikorps-Offizieren ermordet. - Das Foto zeigt Karl Liebknecht als Redner bei einer Revolutionskundgebung im Dezember 1918 im Berliner Tiergarten

BILDNUMMERAKG

216575

<https://www.ake-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D4VQOA0&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D4VQOA0&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=4&POPUPIID=2UMDHUQOSS77>

Donnerstag, 24. Oktober 1918

Die Oberste Heeresleitung lehnt die mit der dritten Wilson-Note übermittelten Forderungen ab. Vor allem die Forderung nach einer militärischen Kapitulation sei für die Militärführung unannehmbar. Nach ihrer Ansicht belege die Note, dass es dem Feind in Wahrheit nur darum gehe, die deutsche Kampfkraft durch Täuschung zu brechen. Ohne die Entscheidung der Regierung über eine Antwort an Wilson abzuwarten, fordert Paul von Hindenburg in einem Armeebefehl die Truppen zum „Widerstand mit den äußersten Kräften“ auf.

—

In der Reichstagsdebatte über die Änderung der Reichsverfassung erklärt der unabhängige Sozialdemokrat Georg Ledebour das „monarchische System“ in Deutschland für „vollkommen abgewirtschaftet“. Zugleich moniert er, dass die Regierung Max von Baden es versäumt habe, den „unheilvollen Einfluss“ Wilhelms II. rechtzeitig zu unterbinden und seine Abdankung zu erzwingen. Ledebour hält es für geboten, dass sich das deutsche Volk sofort „republikanische Einrichtungen“ schaffen müsse.

—

In einer Sitzung des Kriegskabinetts führen Regierungsmitglieder erneut Beispiele für die Eigenmächtigkeiten der Ministerialbürokratie an. Demnach seien wiederholt eindeutige Anweisungen der Reichsleitung ignoriert bzw. nicht umgesetzt worden.

—

Das Preußische Herrenhaus nimmt einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform an. Der Entwurf sieht vor, das für die Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus bisher geltende „Dreiklassen-Wahlrecht“ durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu ersetzen. Damit wird eine alte Forderung der Arbeiterbewegung realisiert.



oder

Georg Ledebour (1850-1947),
Aufnahme vom 5. Januar 1925

Aufnahme von 1920 (Reichstagshandbuch)

BA Signatur: Bild 102-12373

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537704355/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537704355/?search[view]=detail&search[focus]=2)

Oder

https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Ledebour#/media/File:LedebourGeorg.jpg



Preußisches Herrenhaus in der Leipziger Straße (heute Sitz des Bundesrats). Aufnahme von 1913

BILDNUMMERAKG 258728

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNAHPWV&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNAHPWV&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=5&POPUPIID=2UMDHUKKVOH8>



SPD-Demonstration gegen das preußische Dreiklassen-Wahlrecht am 19. April 1910

BILDNUMMERAKG 2561588

https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNH6H_S&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNH6H_S&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=7&POPUPID=2UMEBMFLR0IM



Karikatur auf das Dreiklassenwahlrecht in Preußen (Titelseite der Zeitschrift „Der Wahre Jakob“ vom 14. Januar 1903)

BILDNUMMERAKG136735

https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNH6H_S&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DNH6H_S&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=1&POPUPID=2UMDHUHUD60Q

Freitag, 25. Oktober 1918

Die Generäle Hindenburg und Ludendorff von der Obersten Heeresleitung treffen zu Beratungen in Berlin ein. Allerdings können sie sich mit ihrer Forderung nach einem Abbruch der Verhandlungen mit Wilson weder beim Kaiser noch beim stellvertretenden Reichskanzler durchsetzen. Daraufhin entschließt sich Ludendorff, um seine Entlassung zu bitten. Noch am Abend desselben Tages fordert Reichskanzler Max von Baden unter Androhung seiner Demission den Wechsel an der Spitze der Obersten Heeresleitung. In seinem Schreiben führt er zur Begründung an, dass das Verhältnis zwischen ziviler Gewalt (Reichsregierung) und militärischer Gewalt (Oberste Heeresleitung) nach wie vor ungeklärt sei. Ein Verständigungsfrieden mit den Kriegsgegnern sei aber nur möglich, wenn die Politik des Reiches von einer „einheitliche[n] parlamentarische[n] Regierung“ und nicht von einer „Doppelregierung“ bestimmt werde. Das Telegramm, mit dem die Oberste Heeresleitung die Wilson-Note abgelehnt und die Truppen zum Endkampf aufgefordert

habe, sei eine nicht hinnehmbare Einmischung der Generäle in eine eminent politische Angelegenheit gewesen. Ein Verbleib der beiden Generäle im Amt zerstöre jede Aussicht auf einen Verständigungsfrieden und bringe das Reich, den Thron und die Dynastie in äußerste Gefahr.

–

Im Reichstag fordert der Abgeordnete Oskar Cohn Arbeiter und Soldaten auf, sich gegen den von maßgeblichen Kreisen geforderten Endkampf zur Wehr zu setzen. Er spricht sich dafür aus, das „monarchisch-autokratische System“ und den deutschen Militarismus, die für ihn das größte Friedenshindernis darstellen, zu beseitigen. Vorrangiges Ziel seiner Attacken ist die Abschaffung der Monarchie: „Nicht nur der augenblickliche Träger des monarchischen Regiments, sondern [...] die gesamte Dynastie muss das Feld räumen. Das müssen wir fordern, die wir die sozialistische Republik von je und je auf unser Panier geschrieben haben.“

–

Der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bietet Karl Liebknecht einen Sitz im Parteivorstand an. Dies kommt jedoch nicht zustande, da der Spartakistenführer hierfür Bedingungen (u.a. Übernahme von Programm und Taktik der Spartakusgruppe) stellt, auf die sich die Führung der Unabhängigen nicht einlässt.



Oskar Cohn (1869-1934),
Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung
https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Cohn#/media/File:CohnOskar.jpg

Samstag, 26. Oktober 1918

Da sich die Generäle Hindenburg und Ludendorff mit ihrer Kritik an den Verhandlungen der Reichsregierung mit Wilson bei ihrer Besprechung mit Wilhelm II. am Vortag nicht durchsetzen konnten, reicht Ludendorff sein Entlassungsgesuch ein. Wilhelm II. nimmt Ludendorffs Gesuch bei einer Audienz am Vormittag an. Nach einem Appell des Kaisers an Hindenburgs Patriotismus bleibt Hindenburg, der ebenfalls um Entlassung gebeten hatte, im Amt. Nachfolger Ludendorffs im Amt des Ersten Generalquartiermeisters und damit de facto Chef der Obersten Heeresleitung wird General Wilhelm Groener, der sein Amt am 27. Oktober 1918 antritt.

–

Der Reichstag beschließt in seiner letzten Sitzung im Kaiserreich mit den Stimmen der Mehrheitsparteien aus Zentrum, Mehrheitssozialdemokraten und Fortschrittlicher Volkspartei gegen die Stimmen der konservativen Abgeordneten den Gesetzentwurf zur Parlamentarisierung der Reichsverfassung („Oktoberreform“). Aufgrund der Verfassungsänderungen können Reichstagsabgeordnete nun ihr Mandat bei Eintritt in die Regierung, bei Übernahme eines besoldeten Staatsamts oder bei Beförderungen im Staatsdienst behalten. Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung jetzt des Vertrauens des Reichstags. Zudem sind der Reichskanzler und seine Stellvertreter für ihre Amtsführung nicht nur dem Bundesrat, sondern nun auch dem Reichstag gegenüber verantwortlich. Ebenso bedürfen Kriegserklärungen, Friedensschlüsse und Verträge mit anderen Staaten der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags. Des Weiteren übernimmt der Reichskanzler die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt. Die Verfassungsänderungen sehen schließlich auch vor, dass das gesamte Militärwesen der zivilen politischen Gewalt untergeordnet wird.

–

Bei einer Sitzung der Revolutionären Obleute, an der erstmals auch Mitglieder der Spartakusgruppe teilnehmen, werden Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck und Ernst Mayer als Vertreter der Spartakusgruppe in den Vollzugausschuss der Revolutionären Obleute aufgenommen. Allerdings können sich die Spartakisten mit ihrer Forderung nach sofortiger Durchführung von Protestaktionen, die „den revolutionären Elan der Massen anfachen und bis zur Revolution steigern“ sollen, bei den Revolutionären Obleuten nicht durchsetzen. Sie lehnen die von Liebknecht propagierten Kampfmethoden ab. – Bei den Revolutionären Obleuten handelt es sich um die Vertrauensleute der Arbeiter mehrerer großer kriegswichtiger Betriebe. Sie sind von den offiziellen Gewerkschaften unabhängig, stehen aber der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nahe. Sie haben die großen Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 organisiert und sind maßgeblich an der revolutionären Entwicklung im Oktober / November 1918 beteiligt.

–

Österreich-Ungarn und die Türkei ersuchen beim US-amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson um einen Sonderfrieden. In einem Telegramm an den deutschen Kaiser Wilhelm II. teilt Kaiser Karl I. von Österreich die Auflösung des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich mit.



General Wilhelm Groener (1867-1939)

Generalquartiermeister vom 26. Oktober 1918 bis 25. Juni 1919, Aufnahme von Mai 1916

BA Signatur: Bild 183-1986-0425-500

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537701596/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537701596/?search[view]=detail&search[focus]=1)

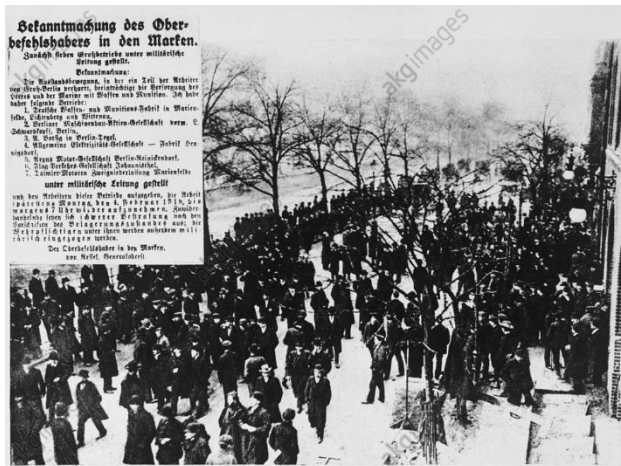


Bundesarchiv, Bild 146-1972-031-28
Foto: o.Ang. | 1918

Mitglieder des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages bei einer Ausschusssitzung. Von links sitzend: Eduard Bernstein, Wilhelm Keil, Georg Gothein, Meerfeld, Ludwig Haas (Baden), Eduard David, Waldstein, D. Mumm, Albert Südekum, Schwabach, Warmuth, Bevollmächtigter von Schleefauf (Württembergischer Ministerialdirektor), Friedrich Ebert und Junck. Von links stehend: Müller (Fulda), Stücklen, Schirmer, von Trampczynski, - Schiffer, Nacken, Gustav Noske, Irl, Matthias Erzberger, Adolf Gröber, Friedrich Graf von Carmer, von Brockhausen, Kuno Graf von Westarp

BA Signatur: Bild 146-1972-031-28

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537713811/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=4](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537713811/?search[view]=detail&search[focus]=4)



Streikende Munitionsarbeiter vor dem Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin. Am 2. Februar 1918.

BILDNUMMERA_KG

71614

<https://www.agg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DLY2JDA&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DLY2JDA&SMLS=1&RW=1342&RH=673&POPUPPN=1&POPUPIID=2UMDHUWV5M7Z>



Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Karl I von Österreich (Aufnahme ca. 1917)

BILDNUMMERA K G

1053721

<https://www.alk-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673&PN=2&POPUPPN=76&POPUPIID=2UM-DHU5EUXFG>

Oder



Das deutsche Kaiserpaar besucht das österreichische Kaiserpaar in Laxenburg. Aufnahme vom , 6. Juni 1917: Wilhelm II. (Mitte), gefolgt von Kaiser Karl, beim Empfang auf dem Bahnhof.

BILDNUMMER AKG157276

<https://www.ake-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673&PN=2&POPUPPN=107&POPUPID=2UM-DHUFRH5L7>

Sonntag, 27. Oktober 1918

In ihrer vierten Note an US-Präsident Thomas Woodrow Wilson erklärt die deutsche Regierung, dass sie „nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand [entgegentreffe], der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.“ Sie weist darauf hin, dass der Präsident „die tiefgreifenden Wandlungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen,“ kenne. Deshalb könne er sicher sein, dass die Friedensverhandlungen von einer „Volksregierung“ geführt werden, „in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Insbesondere hebt sie hervor, dass der neuen Volksregierung „auch die militärischen Gewalten unterstellt“ sind.

–

Die deutsche Seekriegsleitung bestätigt den Operationsbefehl Nr. 19 des Flottenkommandos (geheimer Flottenbefehl zum Angriff auf England) und trifft Vorbereitungen zum Auslaufen.

–

Dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Massenkundgebungen gegen die Hohenzollernmonarchie sowie für sofortigen Frieden um jeden Preis und die Errichtung der sozialistischen Republik folgen in Berlin mehr als 5.000 Menschen. Karl Liebknecht fordert in mehreren Reden die Beseitigung der „herrschenden Klasse“, die „durch eine wirkliche Volksherrschaft ersetzt werden“ soll. Er fordert die Arbeiter zu revolutionären Aktionen auf, da nur die deutsche Revolution endgültigen Frieden herbeiführen werde. Mit den Parolen „Nieder mit den Hohenzollern!“ und „Es lebe die deutsche Republik!“ beendet er seine Ansprachen.

Montag, 28. Oktober 1918

Nach der Zustimmung des Bundesrats und mit der Unterzeichnung durch Wilhelm II. treten die „Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung“ formell in Kraft. Mit diesem Akt ist der Über-

gang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Monarchie, in der die Regierung dem Parlament und nicht dem Monarchen verantwortlich ist, besiegelt. Ohne mit einem einzigen Wort auf die inzwischen offen diskutierte Forderung nach seinem Rücktritt einzugehen, bekennt sich Wilhelm II. in einem kaiserlichen Erlass an Reichskanzler Max von Baden zur Neuordnung der innenpolitischen Machtverhältnisse: Es „tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. [...] In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, [...] um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, dass ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. [...] Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung [...] bei, in dem festen Willen [...], an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, dass Ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.“

–

Reichskanzler Prinz Max von Baden bittet um einen persönlichen Termin beim Kaiser, um ihn zum freiwilligen Thronverzicht zu bewegen.

–

Durch Kabinettsorder wird das Militärkabinett dem preußischen Kriegsministerium unterstellt. Die politische Abteilung bei der Obersten Heeresleitung wird aufgelöst. – Das Militärkabinett war ein ständiges Gremium, das alle Militärangelegenheiten insbesondere Personalangelegenheiten des Offizierskorps, bearbeitete, die allein der Kommandogewalt des preußischen Königs und deutschen Kaisers unterworfen waren.



Bildpostkarte mit Kaiserbildnis und faksimilierter Unterschrift; Poststempel: 1916.

BILDNUMMERAKG

156734

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DL5QLF9&SMLS=1&RW=1342&RH=673&PN=2&POPUPPN=106&POPUPID=2UMDHUF-BMS9P>

Dienstag, 29. Oktober 1918

Auf Betreiben seiner Ratgeber verlässt Kaiser Wilhelm II. überraschend Berlin, ohne die Reichsregierung über seine Abreise zu informieren, und begibt sich in das Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung nach Spa. Mit diesem Schritt sollte der Kaiser davor bewahrt werden, dass er dem Druck der Reichsregierung nachgibt und sich zur Abdankung bereit erklärt. Die engere Umgebung des Kaisers verband mit dem Ortswechsel die Erwartung, dass sich der Kaiser mit dem Beistand seiner Heerführer noch am ehesten allen Rücktrittsforderungen widersetzen werde.

–

In einem mit Vorstand und Reichstagsfraktion der Mehrheitssozialdemokratie abgestimmten Schreiben des parlamentarischen Staatssekretärs Philipp Scheidemann bittet er Prinz Max von Baden, „dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.“ Zur Begründung führt Scheidemann u.a. an, dass ein sofortiger Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches „beträchtlich günstigere Aussichten“ für die anstehenden Friedensverhandlungen eröffne. Da der Schritt angesichts der politischen Situation ohnehin nicht aufgehalten werden könne, sei es besser, wenn Wilhelm II. die nötigen Konsequenzen „so schnell als möglich zieht“.

–

Max von Baden unterzeichnet eine Verfügung, durch die das Kriegspresseamt Staatssekretär Erzberger unterstellt wird.

–

In einer Eingabe an den Reichskanzler fordert die konservative Reichstagsfraktion, die Waffenstillstandsverhandlungen umgehend einzustellen, wenn abzusehen ist, dass die Kriegsgegner eine völlige Unterwerfung Deutschlands fordern und den Deutschen jede Möglichkeit nehmen, sich gegen nicht hinnehmbare Forderungen zur Wehr zu setzen. Zugleich wird die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zur Mobilisierung aller Kräfte für einen nationalen Verteidigungskrieg einzuleiten.

–

Am Abend gibt der Chef der deutschen Hochseeflotte Admiral Franz von Hipper auf seinem Flaggschiff „Baden“ den Chefs der vor Wilhelmshaven zusammengezogenen drei Geschwader mit 60.000 Mann Besatzung den als strenge Geheimsache behandelten „Seeklar“-Einsatzbefehl zum Angriff auf die englische Flotte bekannt. Noch während die Vorbereitungen für den als „Übungsfahrt“ bezeichneten Ausmarsch am nächsten Tag anlaufen, kommt es zu Auflehnungen und Ausschreitungen der Schiffsbesatzungen. Die Matrosen gehen davon aus, dass die deutsche Flotte versenkt werden soll, damit sie bei Waffenstillstandsverhandlungen nicht übergeben werden muss. Unter der Parole „Widerstand gegen die Todesfahrt“ weigern sich die Matrosen mehrerer Schiffe, die Befehle zum Auslaufen auszuführen und versammeln sich zur Beratung des weiteren Vorgehens.



Abreise Kaiser Wilhelms II. aus Berlin ins Große Hauptquartier in Spa (Belgien) am 29. Oktober 1918.

BILDNUMMERAKG 232544

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D31WX5D&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D31WX5D&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=15&POPUPID=2UMDHUQE3580>



Admiral Franz von Hipper, Chef der deutschen Hochseestreitkräfte seit August 1918 (Aufnahme von 1918)

BA Signatur: Bild 146-2012-0065

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537780721/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=13](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537780721/?search[view]=detail&search[focus]=13)



Schlachtschiff SMS "Baden" (Aufnahme vom 24. Mai 1918)

BA Signatur: Bild 134-C0031

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537730739/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=13](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537730739/?search[view]=detail&search[focus]=13)



Deutsche Kriegskinomatographen (Kameramänner) im Einsatz an der Front (Aufnahme ca. 1917/1918)

BA Signatur: Bild 183-1983-0323-501

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537773462/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=53](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537773462/?search[view]=detail&search[focus]=53)



Bundesarchiv, Bild 183-S12021
Foto: o. Ang. | Oktober 1918

Staatssekretär Mathias Erzberger (Zentrum; links) mit den Reichstagsabgeordneten Albert Südekum (Mehrheitssozialdemokratische Partei; Mitte) und Otto Arendt (Freikonservative Reichspartei; rechts) beim Verlassen des Reichstags (Aufnahme von Oktober 1918)

BA Signatur: Bild 183-S12021

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537779343/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537779343/?search[view]=detail&search[focus]=2)



Karikatur auf die deutsche Kriegsberichterstattung durch das Kriegspresseamt. Farbdruck nach einer Zeichnung von Hanlo; aus: Zeitschrift "La Baïonnette", Nr. 20 (L'Édition Française Illustrée), Paris 18. Nov. 1915

BILDNUMMERAKG 231862

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UMESQ5D3SO6QV&SMLS=1&RW=1536&RH=730#/SearchResult&VBID=2UMESQ5D3SO6QV&SMLS=1&RW=1536&RH=730&POPUPPN=2&POPUPIID=2UM-DHUQWV6QO>

Mittwoch, 30. Oktober 1918

Die mangelnde Kampfbereitschaft der Besatzungen auf den Schiffen veranlasst die Flottenführung, noch in der Nacht den geplanten Angriff auf die Royal Navy abubrechen. Die stattdessen eiligst angesetzten Flottenübungen vor der Helgoländer Bucht können wegen des Widerstands der Schiffsbesatzungen ebenfalls nicht durchgeführt werden. Vergeblich versucht die Flottenführung, die Matrosen zu beruhigen und den angeblich von ihr verfolgten Plan eines sinnlosen Opfergangs der deutschen Marine als gezielte Irreführung einer auf Zersetzung der Kampfbereitschaft ausgerichteten Propaganda darzustellen.

–

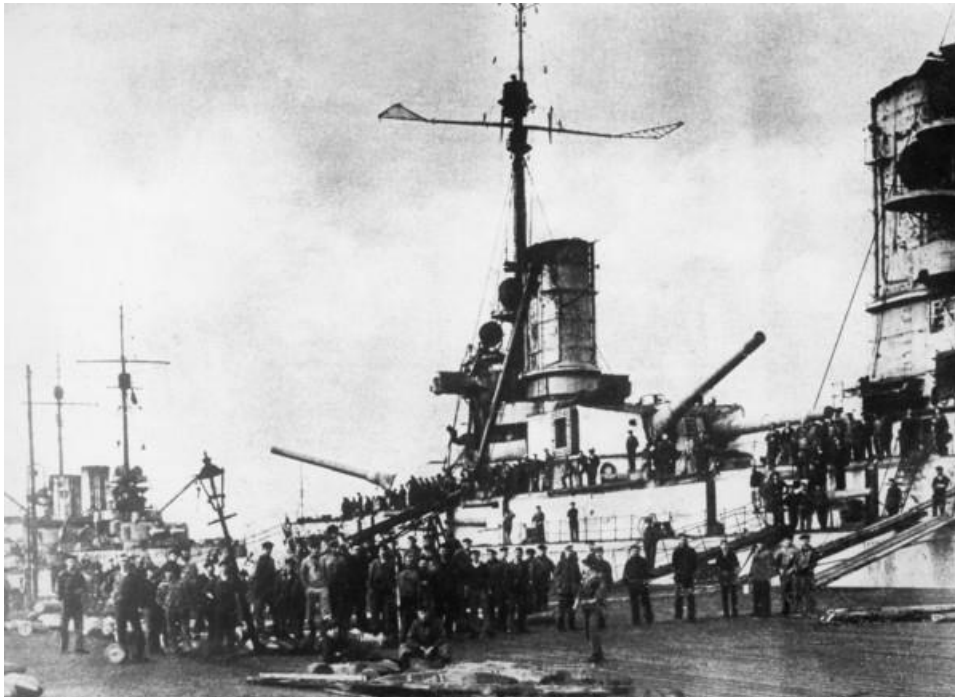
Eine von der Fortschrittlichen Volkspartei in München einberufene Volksversammlung mit einer großen Teilnehmerzahl spricht sich unter dem Eindruck einer Rede des Reichstagsabgeordneten Ludwig Quidde für die Gründung eines Völkerbunds aus und verlangt im Interesse des Friedens die Abdankung Kaiser Wilhelms II.

–

Die Provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Österreich nimmt die von dem Sozialdemokraten Karl Renner ausgearbeitete provisorische Verfassung an. Danach soll Deutsch-Österreich ein Bestandteil der Deutschen Republik werden.

–

Zwischen dem Osmanischen Reich und den Staaten der Entente („der verbündeten Kriegsgegner“) wird der Waffenstillstand von Mudros geschlossen.



Matrosenmeuterei in Wilhelmshaven 29.-31. Oktober 1918: Revolutionäre Matrosen entladen Munition von den Grosskampfschiffen 'Moltke', 'Nassau', 'Derfflinger', 'Von der Tann' und 'Prinzregent Luitpold'

Mediennummer:95649124

Beschreibung:Deutschland, Novemberrevolution 1918: Meuterei der Hochseeflotte in https://portal.picture-alliance.com/portal/searchresult/complete/-1/NOR-MAL_THUMB/true/true/true/true/true/



Ludwig Quidde (1858- 1941), Historiker, Publizist, Pazifist und Mitglied des Bayerischen Landtags für die Fortschrittliche Volkspartei; Friedensnobelpreisträger von 1927

Quelle: Handbuch der Deutschen Nationalversammlung

https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Quidde#/media/File:QuiddeLudwig.jpg

https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00000144_00347.html



Karl Renner (1870–1950), Jurist und Politiker der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs; 1918 bis 1920 österreichischer Staatskanzler

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Renner#/media/File:Karl_Renner_1905.jpg

Donnerstag, 31. Oktober 1918

Auch der Plan der Admiralität, U-Boote und Schlachtschiffe mit als zuverlässig geltenden Besatzungen für eine begrenzte Aktion gegen englische Schiffstransporte einzusetzen, scheitert. Als in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 1918 das I. Geschwader auslaufen soll, kommt es auf den Schlachtschiffen „Thüringen“ und „Helgoland“ zur offenen Meuterei. Heizer löschen das Feuer,

Matrosen demolieren die Ankerwinden, zerschlagen die Lampen unter Deck und bringen die beiden Schiffe zum größten Teil in ihre Gewalt. Im weiteren Verlauf der Aktion werden Matrosenräte gebildet und die rote Flagge gehisst. – Flottenchef Franz von Hipper ist entschlossen, die Meuterei niederzuschlagen und droht, die Schiffe mit den aufrührerischen Besatzungen zu versenken. Die meuternden Matrosen geben schließlich ihren Widerstand auf und ergeben sich. Die am Aufruhr beteiligten Mannschaften werden festgenommen und in Wilhelmshaven, Kiel und anderen Küstenorten inhaftiert. Ihnen droht die standrechtliche Erschießung. Nach der Verhaftung kommt es zur Erhebung nahezu aller Schiffsbesatzungen sowie der Dockarbeiter und Heersoldaten in den Küstenstädten. – Die Seekriegsleitung gibt wegen der Unzuverlässigkeit der Mannschaften ihre Pläne für eine große Seeschlacht auf und beordert die vor Wilhelmshaven zusammengezogenen Flottenverbände in ihre Heimathäfen zurück.

–

In der Sitzung des Kriegskabinetts führt Reichskanzler Max von Baden aus, dass er die Frage der Abdankung Wilhelms II. schon längere Zeit erwogen habe und sich hierüber auch mit Vertrauensmännern des Kaisers ausgetauscht habe. Um Reich und Heer vor Schaden zu bewahren, ist er jedoch davon überzeugt, „dass eine Abdankung Sr. Majestät des Kaisers nur eine freiwillige sein kann.“ Das Kriegskabinetts kann aufgrund der unterschiedlichen Ansichten seiner Mitglieder keinen Konsens in der Abdankungsfrage erzielen.

–

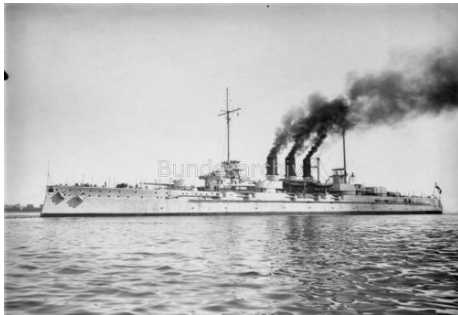
Die mehrheitssozialdemokratische Parteizeitung Vorwärts rechnet in einem weithin beachteten Leitartikel mit dem Amtsverständnis und dem Regierungsstil des Kaisers ab. Dabei moniert sie insbesondere die mangelnde Bereitschaft Wilhelms II., auf die Sozialdemokraten zuzugehen. Angebote der sozialdemokratischen Partei zu einer Verständigung seien immer wieder abgelehnt worden. Stattdessen habe der Kaiser selbst aktiv an der Unterdrückung der Sozialdemokratie mitgewirkt. Resigniert stellt der Autor des Textes fest: „Nun ist's vorbei und geschehen, und nichts kann mehr das Raunen und Rauschen im Volk zum Schweigen bringen.“ Mit seinen beiden Schlussfragen „Was wird der Kaiser tun? – Wann wird er es tun?“ wird der Kaiser mehr oder weniger offen zum Rücktritt aufgefordert.

–

Das Preußische Herrenhaus verabschiedet einstimmig einen Antrag, der den unlöslichen Zusammenhang zwischen „dem Preußischen Herrscherhaus und seinem Volke“ zum Ausdruck bringt.

–

Die schon kommissarisch amtierenden Regierungsmitglieder Matthias Erzberger, Adolf Gröber (beide Zentrumsparlei), Philipp Scheidemann (Mehrheitssozialdemokratie) und Adolf Haußmann (Fortschrittliche Volkspartei) werden definitiv zu „parlamentarischen“ Staatssekretären ohne Geschäftsbereich ernannt. Ebenso wird der Zentrums-Reichstagsabgeordnete und seit dem 7. Oktober kommissarisch amtierende Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Karl Trimborn (Zentrumsparlei), definitiv in seinem Amt bestätigt



Bundesarchiv, Bild 134-B0737
Foto: o. Ang. I 1911/1918 ca.

Schlachtschiff SMS "Helgoland" (Aufnahme aus dem Ersten Weltkrieg)

Signatur: Bild 134-B0737

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537730442/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537730442/?search[view]=detail&search[focus]=2)



Bundesarchiv, Bild 134-B0744
Foto: o. Ang. (22. Mai 1918)

Schlachtschiff SMS „Thüringen“ (Aufnahme vom 22. Mai 1918).

Signatur: Bild 134-B0744

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537730219/?search\[page\]=3](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1537730219/?search[page]=3)



Vorwärts, Ausgabe vom 31. Oktober 1918

<http://fes.imageware.de/fes/web/>Karl Trimborn (1854-1921), Jurist und Reichstagsabgeordneter der Zentrumsparlei,
Staatssekretär im Reichsamt des Innernhttps://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Trimborn#/media/File:TrimbornKarl.jpghttps://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00000144_00337.html

Freitag, 1. November 1918

Während der Rückfahrt des III. Geschwaders von Wilhelmshaven nach Kiel werden 47 zum größten Teil auf dem Linienschiff Markgraf stationierte Matrosen wegen ihrer Beteiligung an der Meuterei vom 29./30. Oktober verhaftet und nach der Ankunft in Kiel in einem Marinegefängnis inhaftiert. Daraufhin solidarisieren sich die übrigen Besatzungsmitglieder mit ihren gefangenen Kameraden. Auf einer abendlichen Versammlung im Kieler Gewerkschaftshaus kommen ca. 250 Matrosen zusammen, um die Befreiung der Inhaftierten zu besprechen. Sie beschließen, in Verhandlungen mit den verantwortlichen Offizieren die Freilassung zu erreichen. Da die Offiziere sich weigern, die Delegation der Matrosen anzuhören, nehmen diese Kontakt mit den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften auf.

—

Unter dem Eindruck des rapiden Verfalls von persönlicher Autorität und realer Macht des Kaisers beauftragt Reichskanzler Max von Baden den preußischen Innenminister Wilhelm Drews, den Kaiser im Großen Hauptquartier in Spa von der Notwendigkeit des Thronverzichts zu überzeugen.

—

Der an Grippe erkrankte Max von Baden erleidet einen Nervenzusammenbruch und ist für drei Tage nicht regierungsfähig.



Linienschiff "Markgraf" (Aufnahme zwischen 1913 und 1919).

BA Signatur: BildY 1-6C41-2949-67

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537816888/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/ 1537816888/?search[view]=detail&search[focus]=1)

Weiter Bilder: Wilhelm Drews

Samstag, 2. November 1918

In einem Erlass an die stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen ordnet der preußische Kriegsminister Scheüch die weitgehende Aufhebung des Versammlungsverbots und der Zensur an. Demnach müssen alle Versammlungen gestattet werden, sofern sie nicht gegen Strafgesetze verstoßen, die öffentliche Sicherheit gefährden oder kriegsbedingten Erfordernissen widersprechen. Ebenso darf eine Zensur nur in den genannten Ausnahmefällen erfolgen. Zur Begründung führt er an: „Dem Grundgedanken der Neuordnung unseres Staatswe-

sen entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherzigster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gegeben wird. Ungehindert soll es seine Wünsche und Klagen zum Ausdrucke bringen können.“

—

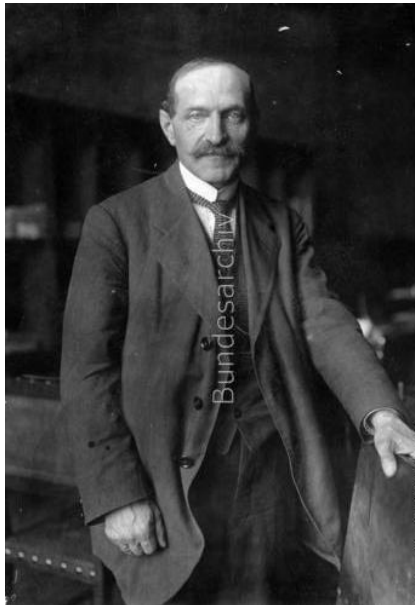
Weil die Kieler Polizei den Matrosen, die für die Freilassung ihrer im Marinegefängnis inhaftierten Kameraden demonstrieren, den Zugang zum Gewerkschaftshaus versperrt, versammeln sich 500 bis 600 Matrosen auf dem Großen Exerzierplatz zu einer Aufsehen erregenden Protestaktion. Sie rufen für den Folgetag zu einer weiteren Demonstration auf, zu der auch die in Kiel stationierten Soldaten sowie die Arbeiter der Industriebetriebe eingeladen werden.

—

Der preußische Innenminister Wilhelm Drews trägt im Großen Hauptquartier in Spa Wilhelm II. die dringende Empfehlung des Reichskanzlers vor, zur Rettung der Monarchie auf den Thron zu verzichten und eine Reichsregentschaft einzusetzen. Wilhelm II. lehnt, gestützt auf den Rückhalt des Chefs der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg und des neuen Ersten Generalquartiermeisters Wilhelm Groener, die Empfehlung zum Thronverzicht mit der Begründung ab, dass sein Rücktritt das Ende aller deutschen Monarchien bedeuten würde.

—

Der Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute und Vertreter des Spartakusbunds beschließen, am 4. November 1918 mit einem Generalstreik in der Reichshauptstadt den offenen Aufstand zu beginnen. Auf Drängen des Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokraten Hugo Haase und des politischen Sekretärs im Parteivorstand der Unabhängigen Wilhelm Dittmann wird dieser Termin noch am gleichen Abend auf den 11. November 1918 verschoben. Das Plenum der Revolutionären Obleute lehnt jedoch Aktionen für die nächsten Tage ab, da unsicher ist, ob bereits eine revolutionäre Situation besteht.



Hugo Haase (1863-1919); Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

BA Signatur: Bild 146-1070-096-05

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538377449/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538377449/?search[view]=detail&search[focus]=1)



Wilhelm Dittmann (1874-1954); links zusammen mit Arthur Crispian; Reichstagsabgeordneter und politischer Sekretär des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Aufnahme von 1930).

BA Signatur: Bild 102-10129

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538384518/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=7](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538384518/?search[view]=detail&search[focus]=7)

Sonntag, 3. November 1918

Die Matrosenmeuterei entwickelt sich in Kiel zu einem Aufstand gegen die bestehenden Machtverhältnisse: Mehrere tausend Matrosen, Soldaten und Arbeiter beteiligen sich an Demonstrationen und Kundgebungen. Sie fordern die Befreiung der wegen der Marinemeuterei vom 29. Oktober in der Kieler Marine-Arrestanstalt inhaftierten Matrosen sowie die sofortige Beendigung des Krieges und eine ausreichende Lebensmittelversorgung. Während einer Demonstration vor einer Kaserne in der Karlstraße, in deren Verlauf mehrere dort inhaftierte Matrosen befreit werden, erschießt eine Militärpatrouille acht Demonstranten und verletzt weitere 29 Teilnehmer schwer. Daraufhin schließen sich auch die Soldaten der Kieler Garnison der Erhebung an. Ein von den Aufständischen gewählter Soldatenrat übernimmt die weitere Leitung der Bewegung. Um die wachsende Aufstandsbewegung einzudämmen, fordert der Chef der Marinestation und Gouverneur von Kiel, Vizeadmiral Wilhelm Souchon, auswärtige Truppen an und bittet in einem Telegramm an das Reichsmarineamt in Berlin darum, einen „hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten herzuschicken“, der die Massen beruhigen soll.

—

Auch in anderen deutschen Städten (u.a. in Magdeburg, Rostock, Wismar und Schwerin) kommt es – zum Teil ausgelöst durch die Berichte der am Matrosenaufstand Beteiligten – zu Protestaktionen gegen den Krieg und die bestehenden politischen Verhältnisse. In München erzwingen Demonstranten die Freilassung politischer Gefangener.

—

Die mehrheitssozialdemokratische Parteizeitung Vorwärts unterstützt die vom parlamentarischen Staatssekretär Philipp Scheidemann (Mehrheitssozialdemokratische Partei) erhobene Forderung nach Rücktritt des Kaisers. Zugleich warnt sie die „werk tätige Bevölkerung Groß-Berlins und des Reiches“ nicht „auf eigen Faust loszulegen“. Sie ermahnt ihre Anhänger, Ruhe und Ordnung zu bewahren und fordert sie zur Unterstützung des Kurses der Partei auf. Die sich vollziehende „große Umwälzung“ dürfe nicht in „das namenlose Unglück eine Bürgerkriegs“ münden.

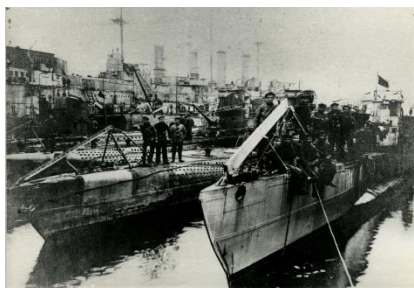
—

In der Villa Giusti bei Padua wird der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Italien unterzeichnet.



Bundesarchiv, Bild 134-B0965
Foto: o. Ang. | 1918

Flotteneinheiten im Kieler Hafen (1918)



Revolutionäre Matrosen im U-Boot-Hafen

Kiel, vermutlich 4. November 1918

<http://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/ba005865>



Bundesarchiv, BildY 1-6C41-2148-66
Foto: o. Ang. | 3. November 1918

Matrosen der in Kiel liegenden Kriegsschiffe demonstrieren in den Straßen der Stadt

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1534936545/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=42](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1534936545/?search[view]=detail&search[focus]=42)



Vorwärts, Ausgabe vom 3. November 1918

<http://fes.imageware.de/fes/web/>

Montag, 4. November 1918

Der Matrosenaufstand dehnt sich auf die Stadt Kiel, dann auch auf die weitere Umgebung aus. Schiffsbesatzungen lehnen sich gegen ihre Vorgesetzten auf, sie nehmen Offiziere fest und hissen die rote Flagge. Werftarbeiter schließen sich der Bewegung an; sie legen die Arbeit nieder und versammeln sich zu Kundgebungen. In Betrieben und militärischen Einheiten werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Um die Lage zu beruhigen, ordnet der Kieler Gouverneur Wilhelm Souchon die Befreiung von 16 gefangenen Matrosen an, die im Triumphzug ins Stadtzentrum gebracht werden. Aber auch dies kann den Aufstand nicht mehr eindämmen. Die aus benachbarten Standorten zur Hilfe geholten Truppen weigern sich, gewaltsam gegen die Aufständischen vorzugehen. Ein Teil der Soldaten zieht wieder ab, während andere zu den Aufständischen übergehen. Auch die Soldaten der Garnison verbrüdern sich mit den Aufständischen. Im Laufe des Tages erhöht sich die Zahl der den Aufstand tragenden Marinesoldaten und Landtruppen von 20.000 auf 40.000 Personen. Am Abend bildet sich ein „Provisorischer Zentraler Arbeiter- und Soldatenrat“, der die zivile und militärische Macht in Kiel übernimmt. – Am Abend treffen der mehrheitssozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gustav Noske und der parlamentarische Staatssekretär Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei in Kiel ein. Sie sollen im Auftrag der Reichsregierung auf die Eindämmung des Aufstands hinwirken. Um sich selbst eine militärische Machtbasis zu sichern, lässt sich Gustav Noske zum Vorsitzenden des Soldatenrats wählen. Bei

den im Beisein von Haußmann und Noske stattfindenden Verhandlungen des Soldatenrats mit dem Kieler Gouverneur Admiral Wilhelm Souchon können die Aufständischen unter anderem Straffreiheit für die Aufrührer, die Freilassung der Inhaftierten, den Verzicht auf Gegenmaßnahmen gegen Aktionen der Aufstandsbewegung, den Verzicht auf jede operative Unternehmung der Flottenführung sowie die Unterwerfung aller künftigen militärischen Maßnahmen unter die Zustimmung des Soldatenrats durchsetzen. Staatssekretär Haußmann sagt zu, bei der Reichsregierung auf eine beschleunigte Durchführung der vom Soldatenrat geforderten 14 Punkte hinzuwirken.

–

In einem Aufruf „an das deutsche Volk“ verweist die Reichsleitung auf die durchgeführte verfassungsrechtliche Neugestaltung und bekundet feierlich das Vertrauen der Regierung zum Volk. Zugleich hebt sie hervor, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nur durch das Volk möglich sei. Jede Disziplinwidrigkeit gefährde den baldigen Abschluss eines Friedensvertrags und die Heimkehr der für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft dringend benötigten Soldaten. – In einem weiteren Aufruf „an die Matrosen und Arbeiter“ bedauert die Reichsregierung die eingetretene gewaltsame Störung der Ordnung in den Küstengebieten und verspricht, die Hintergründe dieser Vorfälle zu untersuchen. Sie dementiert das „ausgestreute Gerücht“, dass Offiziere der Flotte sich gegen die Friedenspolitik der Regierung aufgelehnt und den Untergang der Flotte in einer sinnlosen Seeschlacht geplant hätten. Die Regierung bekennt sich zum Friedenswillen, warnt aber davor, den Völkerkrieg zu beenden, um den Bürgerkrieg zu beginnen. Sie verspricht, Beschwerden zu untersuchen und berechnete Forderungen zu erfüllen. Darüber hinaus bekennt sie sich aber auch zu der Pflicht, mit allen verfügbaren Mitteln das Volk vor dem Elend zu schützen, das aus der Zerstörung der Ordnung drohe. Sie appelliert an die Anführer des Aufstands, mit dafür zu sorgen, „dass wir ohne blutige Wirren unsere inneren Angelegenheiten in gesetzlicher Freiheit ordnen können.“

–

Der mehrheitssozialdemokratische Parteivorstand warnt in einem in der Parteizeitschrift Vorwärts veröffentlichten Aufruf die Mitglieder und Anhänger der Partei, keinesfalls den anonymen Streikaufrufen Folge zu leisten, die zurzeit massenhaft in den Betrieben kursieren.

–

In Berlin beginnen die Sicherheitsbehörden, verstärkt gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vorzugehen. Am 4. November und an den folgenden Tagen werden führende Mitglieder der Partei überwacht oder verhaftet, Gremiensitzungen der Partei aufgelöst (u.a. eine Sitzung der als Arbeiterrat konstituierten Revolutionären Obleute am 6. November), Kundgebungen der Partei verboten (7. November), das Gebäude des Parteivorstands durchsucht (8. November) und mehrere kriegswichtige Großbetriebe, in denen die Partei über eine große Anhängerschaft verfügt, militärisch besetzt.



Matrosen vom Linienschiff „Prinzregent Luitpold“ an Deck des Schiffes mit Tafel „Soldatenrat Kriegsschiff Prinzregent Luitpold. Es lebe die sozialistische Republik“ (Aufnahme von November 1918)

Signatur: Bild 183-J0908-0600-002

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537874706/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537874706/?search[view]=detail&search[focus]=2)



Gruppe bewaffneter Arbeiter und Soldaten in Kiel.

BILDNUMMERAKG 73979

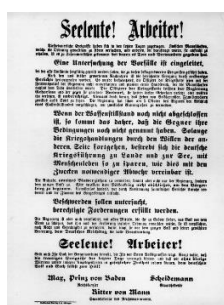
<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UMESQ5DVS-NUBF&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UMESQ5DVS-NUBF&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=27&POPUPIID=2UMDHUW60HYS>



Revolutionäre Matrosen im Hamburger Hafen (November 1918)

BILDNUMMERAKG 5255026

<https://www.agg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UMESQ5DVS-NUBF&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UMESQ5DVS-NUBF&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=33&POPUPID=2UMEBMYUHM15A>



Aufruf der Reichsregierung zur Wiederherstellung der Ordnung an die aufständischen Matrosen und Arbeiter in Kiel vom 4. November 1918.

BILDNUMMERAKG73980

<https://www.agg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUO7M6U&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUO7M6U&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=5&POPUPID=2UMDHUW60NGH>

Dienstag, 5. November 1918

In seiner letzten Antwortnote an die Regierung des Deutschen Reiches teilt der amerikanische Präsident Wilson mit, dass der französische Marschall Ferdinand Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. Diese Bedingungen sollen „die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahren“ sowie „den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht“ sichern, „die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen.“

—

In Kiel ruft die Arbeiterschaft der großen Industriebetriebe zu einem Sympathie-Generalstreik auf, wodurch der Arbeiter- und Soldatenrat die Gewalt über die gesamte Stadt erringt. – Die Aufstandsbewegung breitet sich im Deutschen Reich immer weiter aus. In zahlreichen Städten werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und Protestkundgebungen organisiert. In Hamburg organisieren Soldaten und Arbeiter einen Generalstreik. Die Aufständischen besetzen Hauptbahnhof, Elbtunnel, Kasernen, Kriegsschiffe sowie einige Banken. Auf einer Kundgebung ruft der Parteisekretär der Unabhängigen Sozialdemokraten Wilhelm Dittmann zur Errichtung der sozialistischen Republik auf. Soldaten und Matrosen übernehmen die militärische Kontrolle. Von Hamburg greift die Bewegung nach Bremen, Cuxhaven und Lübeck über. Auch in Stuttgart und München kommt es zu Protestaktionen.

—

In einer Sitzung des Gesamtkabinetts kritisiert der stellvertretende Chef der Obersten Heeresleitung General Wilhelm Groener die gegen die kämpfende Truppe gerichtete „Kritik und Polemik“ in Deutschland. Stattdessen fordert er eine „Stärkung und Stählung von Herz und Seele“. Wenn nicht schleuniger Wandel geschehe, richte „die Heimat das Heer zugrunde“. In der Frage der Abdankung des Kaisers teilt er den Kabinettsmitgliedern im Namen von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg mit, „dass er [Hindenburg] sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde [...]. Und weiter führt Groener aus: „Wie sollen die Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluss zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres [...] Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt [...] Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.“

—

Das Deutsche Reich bricht die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland ab. Alle russischen Diplomaten werden ausgewiesen, das deutsche Botschaftspersonal aus Moskau zurückbeordert. Auslöser für das deutsche Vorgehen war der gegen Russland erhobene Vorwurf, es habe in der Kurierpost der sowjetrussischen Botschaft nach Deutschland subversive Propaganda-Flugblätter der Spartakusgruppe und antideutsches Propagandamaterial eingeschmuggelt.

—

Die am 31. Oktober 1918 definitiv ernannten Staatssekretäre ohne Geschäftsbereich werden vereidigt.

—

Auf Anweisung des Oberbefehlshabers in den Marken, General Gustav von Kessel, verbietet der Berliner Polizeipräsident Heinrich von Oppen fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die anlässlich des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution am 7. Oktober 1918 in Berlin stattfinden sollen.



Bundesarchiv, BildY 1-6C41-2019-67
Foto: o.Äng. | 5. November 1918

Gustav Noske spricht als Beauftragter der Reichsregierung am 5. November von Bord eines Kriegsschiffes zu U-Boot-Mannschaften

BA Signatur: BildY 1-6C41-2019-67

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537874648/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=3](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1537874648/?search[view]=detail&search[focus]=3)



Matrosen demonstrieren Anfang November 1918 vor dem Hamburger Rathaus.

BILDNUMMER AKG5255123

<https://www.ack-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5800B9NT&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5800B9NT&SMLS=1&RW=1342&RH=673&POPUPPN=20&POPUPID=2UMEBMYUHKH>



Adolf Abramowitsch Joffe (1883-1927), sowjetrussischer Botschafter in Berlin von April bis November 1918 (Bildmitte). Die Aufnahme zeigt Joffe als Leiter der sowjetischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk (November 1917 bis Januar 1918)

BILDNUMMERAKG 176790

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ58T9MZR5&SMLS=1&RW=1707&RH=756#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ58T9MZR5&SMLS=1&RW=1707&RH=756&POPUPPN=5&POPUPID=2UMDHUF5RRPP>

Mittwoch, 6. November 1918

Aufgrund eines am Vormittag im Kriegskabinett gefassten Beschlusses reist die deutsche Waffenstillstands-Delegation unter Führung des parlamentarischen Staatssekretärs Matthias Erzberger (Zentrum) am Nachmittag von Berlin ins Alliierte Hauptquartier in Compiègne (Nordfrankreich, Département Oise), um über den Waffenstillstand zu verhandeln. Am 11. November kommt es zum Abschluss des Abkommens über die Einstellung der Kriegshandlungen. – Reichskanzler Max von Baden unterrichtet das deutsche Volk in einem Aufruf über die letzte Note Wilsons und die Abreise der deutschen Delegation. Er warnt vor Unruhen und disziplinlosem Verhalten, da dies den Erfolg der Verhandlungen ernstlich gefährden könne. Er appelliert an die Deutschen, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und „die bisher gewährte Ordnung“ aufrechtzuerhalten.

–

Reichstagsfraktion und Parteiausschuss der Mehrheitssozialdemokratischen Partei fordern in einem gemeinsamen Beschluss, den Waffenstillstand ohne jede Verzögerung abzuschließen. Des Weiteren verlangen die Mehrheitssozialdemokraten eine Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit für disziplinarische Vergehen der Mannschaften. Sie beharren auf einer weiteren unverzüglichen Demokratisierung der Regierung und der bundesstaatlichen Verwaltungen. Zudem erklären sie sich mit den von der Parteileitung unternommenen Schritten in der Kaiserfrage einverstanden und verlangen eine schnelle Regelung dieser Frage. In einem in Berlin verteilten Flugblatt, in dem die Beschlüsse der Mehrheitssozialdemokraten mitgeteilt werden, sowie in einem weiteren Aufruf wird die Arbeiterschaft zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgerufen. Die Partei warnt vor gewaltsamen Aktionen und dem Sturz der Regierung, da sie den Frieden und die

Versorgung der Bevölkerung gefährdeten. Stattdessen ruft sie die Arbeiter zur Einigkeit, Besonnenheit und Disziplin auf. Nur so ließen sich die Ziele der Mehrheitssozialdemokratie, die Sicherung des Friedens und die friedliche Entwicklung zu Demokratie und Sozialismus, erreichen.

–

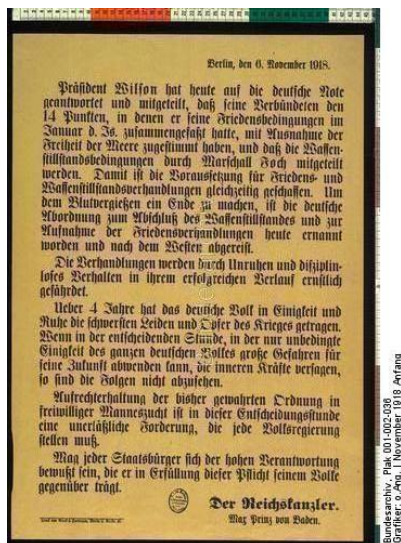
Gegen Mittag kommen der stellvertretende Chef der Obersten Heeresleitung General Wilhelm Groener sowie Vertreter der mehrheitssozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Freien Gewerkschaften in der Reichskanzlei zu einer Besprechung über die Kaiserfrage zusammen. Der Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Friedrich Ebert führt hierzu aus, dass er und seine Partei bereit seien, sich mit einer Monarchie mit sozialem Einschlag und parlamentarischem System abzufinden. Deshalb rate er General Groener dringend, „die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und die schleunige Beauftragung eines der kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.“ Nur so könne man „den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre und damit die Revolution“ verhindern. Ebert schlägt vor, dass der Kaiser spätestens am 7. November 1918 seine Abdankung bekanntgebe und – da der Kronprinz bei den Massen zu verhasst sei – einen anderen seiner Söhne mit der Regentschaft beauftrage. Groener reagiert auf den Vorschlag Eberts schroff ablehnend. Eine Abdankung des Kaisers sei für ihn indiskutabel, da diese den kämpfenden Soldaten den Obersten Kriegsherrn und damit den autoritativen Halt nähme. Zudem sei keiner der Prinzen bereit, die Regentschaft zu übernehmen. Mit der Feststellung, dass sich unter diesen Umständen jede weitere Erörterung erübrige und die Dinge ihren Lauf nehmen müssten, beendet Ebert die Unterredung.

–

Die Revolutionären Obleute in Berlin beschließen den Aufstand für den 11. November. Liebknechts Antrag, den Aufstand bereits am 8. November zu beginnen, wird abgelehnt

–

Nachdem aufständische Arbeiter in Bremen zum Generalstreik aufgerufen haben, beschließt die bürgerliche Stadtregierung im Eilverfahren die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer. Das von sozialdemokratischer Seite geforderte Wahlrecht für Frauen wird abgelehnt. Auch in Lübeck übernehmen Arbeiter und Soldaten die öffentliche Gewalt ohne Widerstand. Ein Arbeiter- und Soldatenrat aus USPD und Linksradikalen wird gebildet. In Schwerin besetzen revolutionäre Soldaten das Waffendepot sowie das Post- und Telegrafenamtsamt. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wird gebildet. Im Großherzogtum Oldenburg konstituiert sich nach Matrosendemonstrationen in Wilhelmshaven/Rüstringen ein Soldatenrat. In Hamburg und Lübeck haben die Aufrührer die Macht übernommen. Auch aus Hannover werden Unruhen gemeldet.



Aufruf des Reichskanzlers Max von Baden vom 6. November 1918

BA Signatur: Plak 001-002-036

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search\[page\]=14](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search[page]=14)

Revolutionäre Matrosen nach der Erstürmung des Marine - Militärgefängnisses. 6. November 1918

AKG Mediennummer : 25790219



Erstürmung des Untersuchungsgefängnisses in Wilhelmshaven (Königsstraße) am 6. November 1918. Meuternde Matrosen vor dem Gefängnis

BILDNUMMERAKG

73982

<https://www.agg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUO0CRW&SMLS=1&RW=1536&RH=680#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5DUO0CRW&SMLS=1&RW=1536&RH=680&POPUPPN=6&POPUPID=2UMDHUW600NN>



Die deutsche Waffenstillstandsdelegation auf ihrer Zwischenstation im Pfarrhaus von Homblières am 7. November

BILDNUMMERAKG 2354578

<https://www.ahg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D2IUIUI&SMLS=1&RW=1707&RH=811#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D2IUIUI&SMLS=1&RW=1707&RH=811&POPUPPN=14&POPUPID=2UMDHUWHLA3VY>

Donnerstag, 7. November 1918

Im Interfraktionellen Ausschuss, der die Politik der Mehrheitsparteien im Reichstag koordiniert, fordert der Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann, das Amt der politischen (parlamentarischen) Staatssekretäre und die kollegiale Beratung der Staatssekretäre im sogenannten Kriegskabinett dauerhaft institutionell zu verankern.

–

Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst Alexander von Linsingen, gibt bekannt, dass er auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand die Bildung von „Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster“ verbietet. Derartige Einrichtungen stünden im Widerspruch zur bestehenden Staatsordnung und gefährdeten die öffentliche Ordnung. Angesichts der wachsenden revolutionären Stimmung kommt es in Berlin zu einer Intensivierung der Sicherheitsmaßnahmen: Bewaffnete Polizeipatrouillen werden verstärkt, kaisertreue Truppen an strategisch wichtige Orte der Stadt beordert. In den Großbetrieben werden Militärwachen installiert, die Zufahrtsstraßen zum Schloss durch Militär besetzt und zahlreiche revolutionär gesinnte Matrosen schon bei ihrer Ankunft in der Stadt interniert.

–

Reichstagsfraktion und Parteivorstände der Mehrheitssozialdemokratischen Partei beschließen in einer gemeinsamen Sitzung, den Reichskanzler ultimativ zur Erfüllung folgender Forderungen aufzufordern: Freigabe der am Vortag verbotenen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten, Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit, Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag, den 8. November, mittags, Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Regierung, Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags. Für den Fall, dass die Forderungen nicht bis zum Mittag des nächsten Tages erfüllt werden, kündigen die Sozialdemokraten ihren Austritt aus der Reichsregierung an. Das Ultimatum wird dem Reichskanzler nachmittags um 17 Uhr von den Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokratie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann übergeben. Anschließend stellt Scheidemann das sozialdemokratische Ultimatum im Kriegskabinett vor. Als bekannt wird, dass Max von Baden aufgrund des Ultimatums seine Demission eingereicht hat, willigt Scheidemann ein, den Ablauf des Ultimatums und den möglichen Austritt der Mehrheitssozialdemokratischen Partei aus der Regierung bis nach dem Abschluss der Waffenstillstandsverhandlungen zu verschieben. – Am Abend unterrichtet Max von Baden Wilhelm II. in einem Telegramm über die politische Lage nach Abgabe des sozialdemokratischen Ultimatums. In diesem unterstreicht er, dass er einen unter dem Druck des Ultimatums erfolgenden Thronverzicht für eine „schwere Gefährdung der Dynastie und des Reichsgedankens“ halte. Allerdings erachte er eine Regierung ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie als eine noch größere Gefahr. Denn diese sei nur in „Form einer Militärdiktatur möglich, die unvermeidlich in blutigem Bürgerkrieg und in der Zerstörung des Volkskörpers durch den Bolschewismus enden müsste.“

–

Die Aufstandsbewegung erfasst weitere Regionen des Deutschen Reichs. Revolutionäre Unruhen gibt es nun auch in Lüneburg, Frankfurt am Main und Bremerhaven. Überall werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Sie übernehmen Aufgaben der kommunalen Verwaltung und üben im lokalen Bereich militärische und polizeiliche Funktionen aus.

–

Auf einer von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften einberufenen Massenkundgebung auf der Münchner Theresienwiese fordern der Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, der Mehrheitssozialdemokrat Erhard Auer (SPD) sowie weitere Redner u.a. die Abdankung des Kaisers, den sofortigen Friedensschluss, die vollständige Demokratisierung Deutschlands, umfassende Sozialfürsorge und die Einführung des Achtsturentages. Im Anschluss daran setzt sich unter Führung Kurt Eisners ein stetig wachsender Demonstrationszug Richtung Stadtzentrum in Bewegung, dem sich auch Soldaten der in München stationierten Truppen anschließen. Es kommt zur Plünderung von Waffengeschäften, Entwaffnung von Sicherheitskräften und Befreiung von Insassen der Militärgefängnisse. Zur Leitung der Bewegung wird unter dem Vorsitz Eisners ein Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat gebildet, der die Besetzung des Hauptbahnhofs, des Telegrafenamts sowie der übrigen staatlichen und militärischen Gebäude durch die Aufständischen veranlasst. Eisner erklärt in der „vorläufigen konstituierenden Versammlung der Arbeiter und Soldaten Bayerns“ im Münchener Landtag die Dynastie der Wittelsbacher für abgesetzt und ruft den Freistaat Bayern aus. – Angesichts der angespannten Sicherheitslage flieht König Ludwig III. von Bayern noch in der Nacht aus der Stadt.



Bundesarchiv, BildY 1-6C425-2593-67
Foto: o. Ang. | 7. November 1918

Kurt Eisner spricht am 7. November 1918 auf einer Kundgebung auf der Münchener Theresienwiese

BA Signatur: BildY 1-6C425-2593-67

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538035652/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538035652/?search[view]=detail&search[focus]=1)



Bundesarchiv, Bild 183-R18766
Foto: o. Ang. | November 1918

Revolutionäre Soldaten vor dem Mathäuserbräu in München im November 1918

BA Signatur: Bild 183-R18766

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/_1538382700/?search\[page\]=9](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/_1538382700/?search[page]=9)



Waffenstillstandsverhandlungen vom 7. bis 11. November 1918 im Wald von Compiègne (Mitte: Matthias Erzberger; ihm gegenüber Marschall Foch).

BILDNUMMERAKG

73974

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D2IUIUI&SMLS=1&RW=1707&RH=811#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ5D2IUIUI&SMLS=1&RW=1707&RH=811&POPUPPN=6&POPUPID=2UMDHUW60SCZ>



Bundesarchiv, Bild 183-R32471
Foto: o. Ang. | November 1918

Die Hissung der Roten Fahne in Bremen am 7/8.11.1918 durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

BA Signatur: Bild 183-R32471

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538338499/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=4](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538338499/?search[view]=detail&search[focus]=4)

Freitag, 8. November 1918

Im Wald von Compiègne (Nordfrankreich, Département Oise) nehmen die Delegation der Siegermächte unter Leitung des französischen Marschalls Ferdinand Foch und die vom parlamentarischen Staatssekretär Matthias Erzberger (Zentrum) geführte deutsche Delegation Verhandlungen über die Herbeiführung eines Waffenstillstands auf. Am ersten Verhandlungstag präsentieren die Siegermächte den deutschen Abgesandten ihre Waffenstillstandsbedingungen.

–

Reichskanzler Max von Baden versucht in einem weiteren Telegramm, Wilhelm II. davon zu überzeugen, unverzüglich seine Abdankung für den Zeitpunkt zu verkünden, wenn „der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen die Ausschreibung von Neuwahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung gestattet, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes [...] zufallen würde.“ Für die Übergangszeit solle der Kaiser einen „Stellvertreter“ bestimmen. Nach Ansicht des Kanzlers habe sein Vorschlag u.a. den Vorteil, dass die Krone auf diese Weise nicht vor den Mehrheitssozialisten kapitulieren werde, sondern diese zwingen, vor der Krone zu kapitulieren. – Wilhelm II. geht in seiner Antwort an Max von Baden nicht auf die Frage des Thronverzehrs ein, sondern teilt lediglich mit, dass er über das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers erst nach Abschluss des Waffenstillstands entscheiden werde. Bis dahin bittet er Max von Baden, im Amt zu bleiben. – Angesichts der zunehmend bedrohlicher werdenden Lage unternimmt der Kanzler im Laufe des Tages noch vier Mal den Versuch, den Kaiser zur Vermeidung

derung eines Bürgerkriegs zur sofortigen Abdankung zu bewegen. Auch das in der Kaiserfrage gesplattene Kriegskabinetts sieht nun im Thronverzicht Wilhelms II. die einzige Möglichkeit die drohenden inneren Kämpfe zu vermeiden und die deutsche Verhandlungsfähigkeit in den Friedensverhandlungen aufrecht zu erhalten. – Der Kaiser lehnt jedoch weiterhin eine Abdankung ab und erwägt nach Besprechungen im Großen Hauptquartier sogar, die gefährdete Monarchie mit der Waffe zu verteidigen. Sein mit der Obersten Heeresleitung entwickelter Plan, „an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen“, erweist sich jedoch angesichts des Ausmaßes, mit dem die revolutionäre Bewegung bereits auch die kämpfenden Truppen erfasst hat, als undurchführbar.

–

Der Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert weist zur Beruhigung der von der revolutionären Entwicklung aufgewühlten Parteianhängerschaft in einem Aufruf darauf hin, dass bereits ein wesentlicher Teil der mehrheitssozialdemokratischen Forderungen erfüllt sei. Um die Verschiebung des Ultimatums zu rechtfertigen führt er aus, dass die Parteiführung den sofortigen Thronverzicht des Kaisers in der Erwartung verlangt habe, dass der Waffenstillstand bis zum 8. November zustande kommen werde. Diese Erwartung habe jedoch getrogen. Da der angekündigte sofortige Austritt der Mehrheitssozialdemokraten aus der Regierung den Abschluss des Waffenstillstands nur verzögert hätte, hätten Parteivorstand und Reichstagsfraktion die Frist für das Auslaufen des Ultimatums bis zum Abschluss des Waffenstillstands verlängert.

–

Die mehrheitlich monarchisch gesinnte Zentrumsfraktion beschließt, dass sie den Kaiser nicht zur Abdankung auffordern könne. Sie werde ihm jedoch auf Befragen raten, „im Interesse des Vaterlandes und der Monarchie dem Throne für sich und den Kronprinzen zu entsagen.“

–

Die nationalliberale Reichstagsfraktion verabschiedet eine Resolution, in der sie sich zum monarchischen Gedanken bekennt und das sozialdemokratische Ultimatum verurteilt. Dennoch bittet sie das Kriegskabinetts, dem Kaiser die schwierige politische Lage vorzutragen. Sollte der Kaiser sich daraufhin zum Thronverzicht entschließen, müsse die Mehrheitssozialdemokratische Partei allerdings eine Garantie für die Erhaltung des monarchischen Prinzips geben.

–

Im Rahmen einer Kabinettsumbildung werden die preußischen Staatsminister, die ihre Ämter auf dem Verwaltungswege zugewiesen bekommen haben, durch Vertreter der Mehrheitsparteien (Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale Partei) ersetzt. Mit dieser „Parlamentarisierung“ des preußischen Staatsministeriums wird eine zentrale Forderung des sozialdemokratischen Ultimatums vom Vortag erfüllt.

–

Um gegen den drohenden gewaltsamen Aufstand vorgehen zu können und zum Schutz von Regierungsgebäuden werden mit Einverständnis der Reichsregierung als besonders zuverlässig erachtete Truppen nach Berlin befohlen. Sie sichern zusammen mit bewaffneten Polizeieinheiten das Regierungsviertel im Zentrum und wichtige strategische Punkte. Der gesamte Eisenbahn-, Telefon- und Telegraphenverkehr von und nach Berlin wird eingestellt. Verkehrseinrichtungen und Rüstungsbetriebe werden ebenfalls vom Militär besetzt.

—

Nachdem die Berliner Polizei am Nachmittag die Parteizentrale der Unabhängigen Sozialdemokraten besetzt und später das USPD-Mitglied Ernst Däumig, ein führender Vertreter der Revolutionären Obleute, verhaftet hatte, beschließen der Vollzugsausschuss der Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe einstimmig, am 9. November mit der revolutionären Erhebung in der Hauptstadt zu beginnen. Mit jeweils eigenen Flugblättern, die am nächsten Morgen in der ganzen Stadt verteilt werden, rufen beide Gruppierungen zum Generalstreik, zu Großdemonstrationen im Stadtzentrum und zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten auf.

—

Die Mehrheitssozialdemokraten versuchen über ihre Vertrauensleute in den Betrieben Einfluss auf die revolutionäre Bewegung zu nehmen. Über einen zwölfköpfigen Aktions-Ausschuss, der die verschiedenen Aktivitäten koordiniert, sucht die Partei durch aktive Beteiligung an Demonstrationen, durch Redner, Flugblätter und durch Mitwirkung bei den sich bildenden Arbeiter- und Soldatenräten den Anschluss an die nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung zu erreichen, um sie in eine mit ihren Zielen übereinstimmende Richtung lenken zu können.

—

In der zweiten Sitzung des Münchener Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats wird der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Bayerns, Kurt Eisner, zum ersten Ministerpräsidenten der bayerischen Republik gewählt. Dieser bildet ein Kabinett aus Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten, das vom neu gebildeten Provisorischen Nationalrat bestätigt wird.

—

Die revolutionäre Bewegung erfährt auch in den anderen Regionen des Reichs weiteren Zulauf: Nachdem in Braunschweig ein Generalstreik ausgerufen worden war und aufständische Arbeiter und Soldaten das Schloss und alle öffentlichen Gebäude besetzt hatten, dankt Herzog Ernst August als erster Monarch Deutschlands ab. In Mecklenburg-Schwerin zwingt der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat Großherzog Friedrich Franz IV. zur Bildung einer Regierung aus Mitgliedern der linken Reichstagsparteien (Fortschrittliche Volkspartei, Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten) sowie zum Erlass einer parlamentarisch-demokratischen Landesverfassung. Auch immer mehr Großstädte werden von revolutionären Unruhen erfasst, so z.B. in Köln, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Halle, Magdeburg, Erfurt, Mainz, Nürnberg, Augsburg und Stuttgart. Es werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die mit Unterstützung der aufständischen Massen die lokale Gewalt an sich reißen. Auch Mittel- und Kleinstädte wie u.a. Koblenz, Haltern, Gotha, Wolfenbüttel, Bayreuth, Passau, Rosenheim, Lahr und Offenburg

werden von der Revolutionsbewegung erfasst. Nicht selten werden die örtlichen Demonstrationen und Proteste von Ortsfremden, insbesondere von aufständischen Matrosen, organisiert und angeführt.

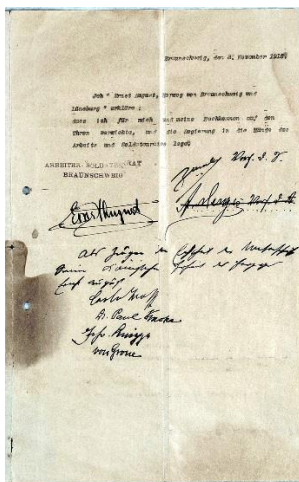


Bundesarchiv, Plak 002-001-066
Grafiker: o. Ang. | November 1918

Bekanntmachung der bayerischen Revolutionsbewegung vom November 1918

BA Signatur: Plak 002-001-066

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/_1538382700/?search\[page\]=12](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/_1538382700/?search[page]=12)



Abdankungserklärung Herzog Ernst Augusts von Braunschweig

[https://de.wikipedia.org/wiki/Novemberrevolution#/media/File:Braunschweig_Abdankungsurkunde_Ernst_August_8_Nov_1918_\(NLA_STAWO_144_Urk-Nr_1\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Novemberrevolution#/media/File:Braunschweig_Abdankungsurkunde_Ernst_August_8_Nov_1918_(NLA_STAWO_144_Urk-Nr_1).jpg)



Demonstration auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz in Erfurt im November 1918

Signatur: BildY 1-6C422-3243-67

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search\[page\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search[page]=2)



Angehörige der Matrosenkompanie des Sicherheitsregiments in Halle im November 1918

BA Signatur: BildY 1-6C423-2608-67

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search\[page\]=4](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search[page]=4)



Bundesarchiv, BildY 1-6C423-574-68
Foto: o.Äng. | November 1918 ca.

Kundgebung in Halberstadt im November 1918

BA Signatur: BildY 1-6C423-574-68

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search\[page\]=5](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search[page]=5)

Samstag, 9. November 1918

Die Revolution erreicht die Reichshauptstadt. Die meisten Berliner Arbeiter folgen dem Aufruf von Revolutionären Obleuten und Spartakusgruppe zum Generalstreik, zu dem ab Mittag auch der mehrheitssozialdemokratische Vorwärts in einer Extraausgabe aufruft, und treten flächendeckend in den Ausstand. Das Wirtschaftsleben der Stadt ist damit faktisch stillgelegt. Hunderttausende Menschen formieren sich zu gewaltigen Demonstrationen, denen sich auf ihrem Weg von den Industriegebieten am Stadtrand ins Stadtzentrum auch zahlreiche Soldaten der in Berlin stationierten Truppen anschließen. Die Demonstranten tragen Rote Fahnen und fordern auf Plakaten u.a. die sofortige Beendigung des Kriegs, eine ausreichende Lebensmittelversorgung, den Bruch mit dem monarchischen Obrigkeitsstaat und eine umfassende Neuordnung der politischen Verhältnisse. Ohne nennenswerte Gegenwehr werden im weiteren Verlauf der Proteste Polizei und Regierungstruppen entwaffnet, öffentliche Gebäude und Ämter, darunter auch das Berliner Polizeipräsidium, besetzt und politische Gefangene befreit. Zwar sind bei gewaltsamen Zusammenstößen von Demonstranten und Sicherheitskräften auch einige Verletzte und Tote zu beklagen, aber insgesamt bleibt die Situation überraschend friedlich, was auch damit zusammenhängt, dass die Angehörigen der zur Sicherung eingesetzten Militäreinheiten mehrheitlich zu den Aufständischen überlaufen oder ein gewaltsames Vorgehen gegen die Demonstranten verweigern. Als sich der Sieg der revolutionären Bewegung gegen Mittag abzeichnet, erlässt der Oberbefehlshaber in den Marken, General von Linsingen, den Befehl: „Truppen haben nicht von Waffen Gebrauch zu machen, auch nicht bei Verteidigung von Gebäuden.“

Unter dem Eindruck der revolutionären Massenbewegung beschließt der mehrheitssozialdemokratische Parteivorstand am frühen Morgen, „bei einer notwendigen Aktion gemeinsam mit den

Arbeitern und Soldaten vorzugehen.“ Ziel der Partei sei es, zusammen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen. Allerdings kann sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zunächst noch nicht dazu entschließen, dem Angebot der Mehrheitssozialdemokraten zur gemeinsamen Übernahme der Regierungsgewalt zuzustimmen. Wenig später beschließt die mehrheitssozialdemokratische Reichstagsfraktion, Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten aufzunehmen und die amtierende Reichsregierung zur Übergabe der Macht an die „vereinigte Sozialdemokratie“ aufzufordern. Nach diesem Beschluss, durch den die Mehrheitssozialdemokratie offiziell zur revolutionären Bewegung übertritt, erklären die parlamentarischen Staatssekretäre der Mehrheitssozialdemokraten ihren Austritt aus der Reichsregierung. Um auch organisatorisch ihre aktive Rolle in der Revolutionsbewegung zu unterstreichen, gründet die mehrheitssozialdemokratische Führung noch am Vormittag einen Arbeiter- und Soldatenrat, dem neben führenden Funktionären der Partei, u.a. Friedrich Ebert, Otto Braun und Otto Wels, auch zwölf Fabrikvertrauensleute angehören.

—

Angesichts der revolutionären Unruhen in der Hauptstadt bemüht sich Reichskanzler Max von Baden während des ganzen Vormittags, den Kaiser zur Abdankung zu drängen. Währenddessen berät Wilhelm II. im Großen Hauptquartier mit der obersten Militärführung stundenlang über das weitere Vorgehen. Obwohl die zu Rate gezogenen Offiziere die Möglichkeit eines bewaffneten Vorgehens der Fronttruppen gegen die revolutionäre Bewegung ausschließen, zögert Wilhelm II. immer noch, den entscheidenden Schritt zu tun. Schließlich erklärt er sich dazu bereit, als Kaiser zugunsten seines Enkels abzudanken, aber König von Preußen zu bleiben. Als die entsprechende Erklärung gegen 14 Uhr in der Reichskanzlei eintrifft ist es jedoch bereits zu spät. Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse und im Einverständnis mit den bürgerlichen Regierungspartnern hat Max von Baden schon gegen 12 Uhr eigenmächtig den Thronverzicht des Kaisers bekanntgegeben. In einer von der Reichskanzlei verfassten Bekanntmachung, die von Wolffs Telegraphischem Büro verbreitet wird, heißt es hierzu: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.“ Mit diesem Schritt schafft Max von Baden Fakten, die nach Lage der Dinge nicht mehr zurückgenommen werden können. Nach längerem Ringen entschließt sich der Kaiser schließlich, ins Exil zu gehen. Mit dem Grenzübertritt Kaiser Wilhelm II. am frühen Morgen des 10. November 1918 ist das Ende der Monarchie in Deutschland besiegelt.

—

Als am späten Vormittag abzusehen ist, dass die Revolutionsbewegung nicht aufgehalten werden kann, führt Reichskanzler Max von Baden – parallel zu seinen Bemühungen um die Abdankung Wilhelms II. – ein vertrauliches Gespräch mit dem Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert, um über einen Ausweg aus der akuten Staats- und Regierungskrise zu beraten. Dabei wird auch schon die Frage einer Übernahme der Kanzlerschaft durch Ebert erörtert. Als wenig später die von Max von Baden veranlasste kaiserliche Abdankungserklärung bekannt wird, erscheint eine Abordnung der Mehrheitssozialdemokraten unter Führung Eberts in der Reichskanzlei. Sie fordert die Übergabe des Kanzleramts an den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden sowie die Mehrheit der Posten in einer neu zu bildenden Regierung für Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige, falls letztere sich für einen Regierungseintritt entscheiden sollten.

Ohne verfassungsrechtliche Grundlage und politische Befugnis überträgt Max von Baden nach kurzer Beratung mit seinen Staatssekretären daraufhin Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zudem beschlossen, dass der Mehrheitssozialdemokrat Paul Göhre dem preußischen Kriegsminister General Scheüch beigeordnet wird und dessen Anordnungen gegenzeichnen muss. Im Anschluss an die Unterredung mit Max von Baden führen Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien noch Verhandlungen über die Bildung einer Regierung unter Beteiligung bürgerlicher Parteien, die aber nach kurzer Zeit ohne Ergebnis enden. Danach begeben sich beide Delegationen ins Reichstagsgebäude, vor dem sich inzwischen eine stetig wachsende Menge versammelt hat.

—

Gegen 14 Uhr tritt Philipp Scheidemann vor die am Reichstag mit roten Fahnen und Hochrufen auf die Republik protestierenden Demonstranten und hält eine kurze, spontane Ansprache. Aufgrund einer widersprüchlichen und lückenhaften Überlieferung sind die genauen Umstände von Scheidemanns Auftritt und der Inhalt seiner Ansprache bis heute umstritten. Nach der in der Geschichtswissenschaft am meisten akzeptierten Version hat Scheidemann folgendes gesagt: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, dass keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können! Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen! Dem Oberkommandierenden in den Marken und dem Kriegsminister Scheüch werden je ein Beauftragter beigegeben. Der Abgeordnete Genosse Göhre wird alle Verordnungen des Kriegsministers Scheüch gegenzeichnen. Also es gilt von jetzt ab, die Verfügungen, die unterzeichnet sind von Ebert, und die Kundmachungen, die sind gezeichnet mit den Namen Göhre und Scheüch, zu respektieren. Sorgen Sie dafür, dass die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgendetwas gefährdet werde! Es lebe die deutsche Republik!“

—

Am frühen Nachmittag übernimmt Friedrich Ebert in der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße die Amtsgeschäfte des Reichskanzlers. Er bittet die Staatssekretäre des alten Kabinetts, ihre Ämter vorläufig weiterzuführen. Zudem beruft er die mehrheitssozialdemokratischen Abgeordneten Philipp Scheidemann und Otto Landsberg als Staatssekretäre in seine Regierung. In einer seiner ersten Amtshandlungen bittet er die Bürger in einen Aufruf um die Einhaltung von Ruhe und Ordnung: „Arbeiter, Soldaten, Mitbürger! Der freie Volksstaat ist da! Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen. - Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Ver-

kehr müssen unbedingt aufrechterhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird. - Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt in engstem Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten. – Hoch die Deutsche Republik!“ In einem weiteren Aufruf an alle Behörden und Beamten bittet der neue Reichskanzler alle Amtsträger darum, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, um Deutschland vor „Anarchie und dem schrecklichsten Elend“ zu bewahren. In einem dritten Aufruf fordert Ebert alle militärischen Dienststellen des Heimatheeres auf, „ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen.“ Auch die weiteren von Ebert an seinem ersten Arbeitstag als Reichskanzler veranlassenen Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

–

Trotz der Aufrufe sozialdemokratischer Politiker zur Ruhe und Ordnung, die auch in mehreren Extraausgaben des ‚Vorwärts‘ wiederholt werden, setzen sich die Massenproteste in der Hauptstadt weiter fort. Im Laufe des Nachmittages verlagert sich der Schwerpunkt der Demonstrationen in Richtung Königliches Schloss. Gegen 16 Uhr spricht der Führer der Spartakusgruppe Karl Liebknecht zu den dort versammelten Demonstranten: „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik.“ Anschließend wird auf dem Mast der Kaiserstandarte die rote Fahne gehisst.

–

Als die Mehrheitssozialdemokraten gegen 18 Uhr bei der im Reichstagsgebäude versammelten Parteiführung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wegen einer Regierungseintritts anfragen, zeigt sich diese uneins. Georg Ledebour, Emil Barth und Richard Müller lehnen eine gemeinsame Regierung mit den Mehrheitssozialdemokraten ab. Karl Liebknecht erklärt, dass er nur zu einer – zunächst nur bis zum Abschluss des Waffenstillstands befristeten – Regierungsbe teiligung bereit sei, wenn Deutschland eine sozialistische Republik werde und alle exekutive, legislative und richterliche Gewalt, insbesondere auch die Kontrolle über die Streitkräfte, den Arbeiter- und Soldatenräten übertragen werde. Zudem müssten die beiden Leiter der Regierung gleichberechtigt sein. Die Mehrheitssozialdemokraten lehnen allerdings die Errichtung einer Rätere publik ab und fordern stattdessen die Einberufung einer frei gewählten konstituierenden Nationalversammlung, die über die Zukunft Deutschlands entscheiden soll. Der daraufhin vom Parteivorstand der Unabhängigen formulierte Kompromissvorschlag sieht die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung aus gleichberechtigten Volkskommissaren vor. Die Fachminister sollen jeweils von einem Vertreter der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten kontrolliert werden. Die politische Macht wird den Arbeiter- und Soldatenräten übertragen, die aus dem ganzen Reich zu einer Vollversammlung einberufen werden sollen. Die Frage der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung soll erst nach Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen neuen Gegebenheiten erörtert werden. Aber auch über diesen Kompromissvorschlag kann am Abend des 9. November keine Einigung mit den Mehrheitssozialdemokraten erzielt werden.

–

Am späten Abend kommen Unabhängige Sozialdemokraten, Revolutionäre Obleute sowie mehrere Arbeiter- und Soldatenräte im Plenarsaal des Reichstags zusammen, um das Geschehene und die weiteren Schritte zu beraten. Die Versammlung beschließt, am Vormittag des nächsten Tages in allen Fabriken und Kasernen Arbeiterräte und Soldatenräte wählen zu lassen, die sich am späten Nachmittag im Zirkus Busch versammeln sollen, um eine provisorische Regierung für Deutschland zu wählen.

—

In den übrigen Regionen und Städten des Deutschen Reichs setzt sich die revolutionäre Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse weiter fort: In fast allen Ländern und Städten des Reiches werden Demonstrationen durchgeführt sowie Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die im lokalen Bereich die politische, polizeiliche und militärische Macht innehaben. Württemberg wird zur Republik erklärt. In Sachsen-Weimar dankt der Großherzog ab. Ein 21er-Soldatenrat beschließt in Wilhelmshaven die Absetzung des Großherzogs und ruft die Republik Oldenburg-Ostfriesland aus. Großherzog Wilhelm Ernst zu Sachsen-Weimar-Eisenach wird vom Soldatenrat zur Abdankung gezwungen und geht auf sein Schloss Heinrichau ins schlesische Exil. In Gotha erklärt der unabhängige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock auf einer Großkundgebung den regierenden Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha für abgesetzt und den Arbeiter- und Soldatenrat zum obersten Machtorgan der Republik Gotha.



Bundesarchiv, BildY 1-6C423-777
Foto: o.Ang. | 1918 ca.

Arbeiterrat der AEG in Hennigsdorf (November 1918)

BA Signatur: BildY 1-6C423-777

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search\[page\]=18](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search[page]=18)



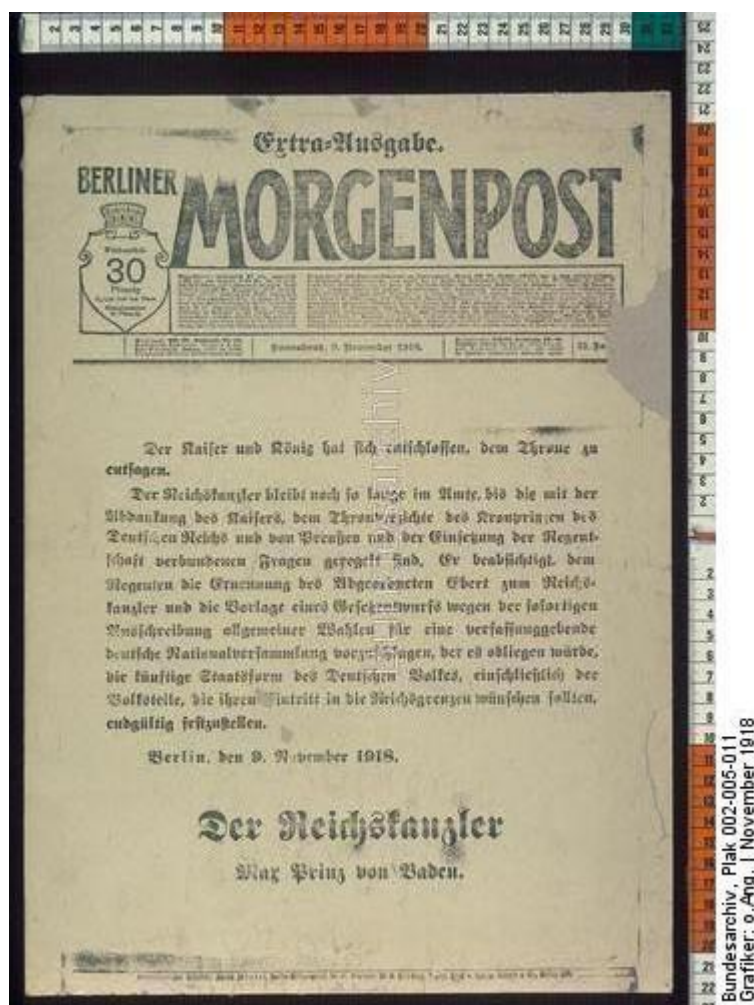
Vorwärts Extraausgabe vom 9. November 1918

<http://fes.imageware.de/fes/web/>Bundesarchiv, Bild 183-18594-0045
Foto: o. Ang. | 9. November 1918

In Berlin beginnt am Morgen des 9. November 1918 der Generalstreik und der bewaffnete Kampf: Demonstranten Unter den Linden in Höhe der Universität.

BA Signatur: Bild 183-18594-0045

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538387714/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=2](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1538387714/?search[view]=detail&search[focus]=2)



Bekanntmachung des Reichskanzlers Max von Baden über den Thronverzicht Kaisers Wilhelms II., die noch vor Eintreffen einer in wesentlichen Punkten abweichenden Erklärung des Monarchen veröffentlicht wurde.

BA Signatur: Plak 002-005-011

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1535555741/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=7](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/_1535555741/?search[view]=detail&search[focus]=7)



Bundesarchiv, Plak 002-005-002
Grafiker: o. Ang. | November 1918

Aufruf des neuen Reichskanzlers Friedrich Ebert an die Berliner Bevölkerung vom 9. November 1918

BA Signatur: Plak 002-005-002

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search\[page\]=10](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/1538382700/?search[page]=10)



Bundesarchiv, Bild 183-19000-0624
Foto: o. Ang. | November 1918

Revolutionäre Soldaten am Brandenburger Tor

Signatur: Bild 183-19000-0624

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538338593/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=81](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538338593/?search[view]=detail&search[focus]=81)



Philipp Scheidemann verkündet am 9. November 1918 vom Reichstagsgebäude die Abdankung des Kaisers und Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten (Fotomontage: nachgestellte Szene vom November 1918)



Massendemonstration in Berlin, Unter den Linden, am 9. November 1918

BA Signatur: Bild 183-R72522

[http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538339101/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=313](http://www.bild.bundesarchiv.de/cross-search/search/1538339101/?search[view]=detail&search[focus]=313)



Ein Arbeiter spricht von einem Sanitätsauto vor dem Berliner Schloss zum Volk kurz nach der Ausrufung „sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht am 9.11.1918.

BILDNUMMERAKG

5255380

<https://www.akg-images.de/CS.aspx?VP3=SearchResult&VBID=2UM-ESQ58003CEJ&SMLS=1&RW=1342&RH=673#/SearchResult&VBID=2UM-ESQ58003CEJ&SMLS=1&RW=1342&RH=673&POPUPPN=53&POPUPID=2UMEBMYUHR7AJ>



Bekanntmachung der Absetzung des Großherzog von Oldenburg durch den 21er-Rat am 9. November 1918

BA Signatur: Plak 002-001-069

[http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search\[page\]=11](http://www.bild.bundesarchiv.de/collections/1/ 1538382700/?search[page]=11)

3. Quellen und Literatur

Bernstein, Eduard (1921). Die deutsche Revolution. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. Berlin.

Drahn, Ernst; Friedegg, Ernst. Deutscher Revolutions-Allmanach. Hamburg; Berlin.

Eyck, Erich (1956). Geschichte der Weimarer Republik. Erster Band: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. Stuttgart.

Haffner, Sebastian (1981). 1918/19 – Eine deutsche Revolution. Reinbek bei Hamburg.

Huber, Ernst Rudolf (1964). Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte. Band 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851 – 1918. Stuttgart.

Huber, Ernst Rudolf (1978). Deutsche Verfassungsgeschichte. Band V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914 – 1919. Stuttgart u.a.

Mai, Gunther (1987). Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg. München.

Machtan, Lothar (2018). Kaisersturz – Vom Scheitern im Herzen der Macht 1918. Darmstadt.

Mann, Golo; Burckhardt, Andreas (Hrsg.; 1968). Prinz Max von Baden – Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart

Michaelis, Herbert; Schraepfer, Ernst (Hrsg.; 1959). Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Zweiter Band: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs. Berlin

Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (1959). Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 1. Düsseldorf.

Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (1962). Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 2. Düsseldorf.

Matthias, Erich; Miller, Susanne (1966). Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 – 1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 4. Düsseldorf.

Möller, Horst (1990). Weimar – Die unvollendete Demokratie. München.

Mommsen, Hans (1998). Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. Berlin.

Niess, Wolfgang (2017). Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin u.a.

Reinhardt, Sybille (1993). Chronik 1918. Tag für Tag in Wort und Bild. Dortmund.

Scheidemann, Philipp (1930). Memoiren eines Sozialdemokraten. Dresden.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge. Vierunddreißigster Jahrgang 1918 (1922). Erster und Zweiter Teil. München.